Aktionen gegen den Breschnew-Besuch

Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 12. Mai 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Jugend für den Kommunismus



● Großveranstaltung der Roten Garde: 13. Mai, 10 Uhr, Stadthalle Düsseldorf

Aus dem Programm:

- Bericht über den I. Ordentlichen Kongreß der Roten Garde
- Rede des 1. Sekretärs der Roten Garde
- Grußadressen ausländischer Delegationen
- Auftritt der Roten Pioniere
- Kulturprogramm

● Pfingstlager der Roten Garde: vom 12.-15. Mai in Hofermühle/Heiligenhaus

Aus dem Programm:

- Lagerkino mit revolutionären Filmen
- großes Lagerfeuer
- Theater- und Folklore-Festival unter freiem Himmel
- Sportwettkämpfe
- buntes Kinderprogramm der Roten Pioniere

Erwartet werden Gäste aus aller Welt. Aus Portugal, Spanien, Frankreich,. Italien, Griechenland, dem Iran, Brasilien, Chile, Afrika. Eingeladen ist außerdem eine Delegation aus dem sozialistischen Albanien. Die albanischen Genossen haben ihre Teilnahme zugesagt. Bei Redaktionsschluß war allerdings noch nicht klar, ob sie ein Visum für die Einreise in die Bundesrepublik bekommen.

Manöverterror der Luftwaffe über Rain/Lech

Es war wie im Krieg!

Rain am Lech, letzte Woche, Mittwoch. Die Menschen gehen ihrer gewohnten Arbeit nach. Doch plötzlich, um 16.43 Uhr, ist es aus mit dem friedlichen Leben. Drei Düsenjäger jagen im Tiefflug über die Dächer der schwäbischen Kleinstadt, durchbrechen die Schallmauer und hinterlassen eine breite Spur der Verwüstung. Doch damit nicht genug. Die Piloten ziehen hinter dem Ort die Maschinen „kerzengerade hoch", drehen mehrere Loopings — wohl, um ihren „Siegerrausch" zu demonstrieren — fliegen eine Schleife und donnern noch einmal über die Stadt. Als sie am Horizont verschwinden, bietet Rain am Lech das Bild einer zerstörten Stadt...

Mehr als hundert Häuser waren verwüstet. Dächer abgedeckt, Fenster zertrümmert. Die Druckwelle hat ganze Türstöcke aus den Wänden gerissen und Schränke umgeworfen. In einem Wohnhaus verschob sich der Dachstuhl. Die Mauern zeigten Risse wie nach einem Erdbeben oder waren sogar eingestürzt. Ein neunjähriger Junge, der mit seiner Familie am Kaffeetisch saß, wurde von der Druckwelle auf den Boden geworfen. Verletzungen bei Menschen gab es glücklicherweise nicht. Wirklich das reinste Glück. Denn wären die Luft-Terroristen noch tiefer über die Dächer hinweggedonnert, dann „hätte alles flachgelegen", wie der Offizier vom Dienst aus dem benachbarten Bundeswehr-Fliegerhorst Neuburg zynisch kommentierte.

Er muß es wissen, denn was die Bundeswehr-Piloten seines Jagdgeschwaders hier an der Kleinstadt Rain am Lech ausprobierten, ist der Angriff im Krieg: Tiefanflug auf das „Zielobjekt" mit den Phantom-Jägern, Ausklinken der Bomben, Schleife in der Luft, Rückflug über das „Zielobjekt", um die Treffer festzustellen. Und im „Ernstfall" sind die „Zielobjekte" eben genau solche Städte wie jetzt das durch den Manöverterror verwüstete Rain am Lech! Dieser Angriff auf die schwäbische Kleinstadt ist keineswegs nur „Rowdytum in Uniform", wie es das Kriegsministerium verharmlosen will, sondern Ausdruck des kriegstreiberischen Charakters der Bundeswehr, die in jedem Manöver Aggression und Vernichtung trainiert, die in jedem Manöver durch Verwüstungen und rücksichtslose Zerstörung ihre feindliche Haltung gegenüber den deutschen Werktätigen demonstriert. (Mehr über den Manöverterror in Rain am Lech auf Seite 12.)

Solidarität

Eine ganze Berufsschulklasse unterschrieb eine Protestresolution. Auch Lehrer geben ihre Unterschrift. Eine Frau verbreitet an ihrem Imbißstand Solidaritätsflugblätter. Ein Arzt spendet 500 DM. Ein Ausbildungszug beim Barras protestiert geschlossen.

In Hamburg, Bremen, Buxtehude und Kiel gibt es in diesen Tagen viele solcher Solidaritätsbeweise. Diese Solidarität gilt neun Antifaschisten, die in Hamburg, und vier Antifaschisten, die in Kiel vor Gericht stehen, weil sie gegen die NPD und andere faschistische Banden protestiert haben. Erster Prozeßtag in Hamburg und zweiter Prozeßtag in Kiel ist der 8. Mai — der Jahrestag des Sieges über den Hitler-Faschismus! (Siehe auch Seite 7.)

Steuern

Finanzminister Matthöfer hat bekräftigt: Die Lohnsteuern werden nicht gesenkt. Höchstens 1980, sagt Matthöfer. Dann stehen, so weiß jeder, wieder Bundestagswahlen an. Und damit neue Wahlversprechen!

Gleichzeitig hat Matthöfer erklärt: Die Kapitalisten sollen noch mehr Steuergelder bekommen. Wörtlich sagte er: „Im Vordergrund müssen die Investitionen stehen, private wie öffentliche, um die Einführung neuer Produktionsprozesse und neuer Produkte zu fördern." Aus unseren Steuergeldern werden die Kapitalisten also noch mehr Geld erhalten, um zu rationalisieren, die Arbeitshetze zu steigern und Arbeitsplätze zu vernichten! (Siehe auch Seite 2.)

Wußten Sie schon...

...daß in Amerika vor allem kleine Leute im Gefängnis sind und viele auf großem Fuß lebende Schwindler frei herumlaufen?

Das verkündete der amerikanische Präsident Carter in der letzten Woche. Recht hat er. Fragt sich bloß: Warum stellt Carter sich nicht freiwillig?

* * *

...daß im Grundgesetz der Nulltarif für die Benutzung staatlicher Verkehrsmittel verankert ist?

Allerdings nicht für Kinder, Arbeitslose usw. Überhaupt nicht für die Werktätigen. Nein, für die Abgeordneten. In Artikel 48 heißt es: „Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit (!) sichernde Entschädigung. Sie haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel."

Betriebsratswahl Hoesch/Union

Wählerwillen vom Tisch gefegt



Rote 1.-Mai-Demonstration in Dortmund. Die neugewählten RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union sind mit dabei: ganz links im Bild Norbert Bömer, ganz rechts Listenführer Hartmut Siemon.

1.146 Stimmen bzw. 34 Prozent für die RGO-Liste. Für Bosse und Bonzen auf der Stahlhütte von Hoesch/Union war es ein Schock. Und nachdem sie sich von diesem einigermaßen erholt hatten, beschlossen sie, sich auf keinen Fall diesem Wahlergebnis zu beugen. Auf Betreiben des IGM-Apparats löste sich der neugewählte Betriebsrat knapp zwei Wochen nach der Wahl wieder auf. Er faßte den Beschluß zurückzutreten. Gegen die Stimmen der beiden RGO-Betriebsräte und gegen den Willen der Mehrheit der Belegschaft.

Damit muß nach den geltenden Bestimmungen nicht nur die Wahl wiederholt werden, sondern auch die Listen müssen neu aufgestellt werden. Und das ist es, worauf die IGM-Bonzen ihre trüben Spekulationen aufbauen. Sie hoffen nun, mit Demagogie und Terror zu verhindern, daß die RGO erneut eine Liste aufstellt. Sie tönen von Persönlichkeitswahl. Aber sie weigern sich strikt, eine wirkliche Einheitsliste zu akzeptieren, auf der auch die Kandidaten der RGO kandidieren können.

Die Hoesch-Arbeiter sind empört über das schmutzige Manöver der IGM-Bonzen. „Jetzt erst recht — Liste RGO!" steht auf einem Aufkleber, der nun überall auf der Hütte auftaucht. Die Sympathien der Stahlarbeiter für die RGO sind jetzt noch stärker als zuvor. In einem Flugblatt erklärte die Betriebsgruppe Hoesch der RGO, daß sie erneut eine Liste aufstellen wird, aber diesmal nicht mit zwei, sondern mit mehr Kandidaten! (Ausführliche Berichte siehe Seite 5.)

Autos werden wieder teurer!

Nachdem die Daimler-Benz AG die Preise für ihre PKWs um 3,7 Prozent angezogen hatte, folgte eine Woche später die Volkswagen AG nach. Um 3,5 Prozent werden die VW- und Audi-Wagen teurer. Gerade Volkswagen produziert wesentlich für die Werktätigen Autos. Insofern trifft gerade diese Preiserhöhung besonders die Werktätigen. Fast 10.000 Mark muß man heute schon hinlegen, um einen „Golf" zu erwerben.

Daß das Auto längst zu einem notwendigen Gebrauchsgegenstand der Werktätigen geworden ist, nutzen die Auto-Konzerne skrupellos aus, um durch hohe Monopol-Preise den Arbeitern und kleinen Angestellten ihre Ersparnisse aus der Tasche zu ziehen. Dabei gehen sie kalt lächelnd über die Tatsache hinweg, daß in diesem Jahr die Dividende bei der Volkswagen AG um 150 Prozent gegenüber dem Vorjahr (!) steigt. Diese Tatsache straft auch die Behauptung des VW-Vorstandes Lügen,diese Preiserhöhung sei durch die „seit Jahresbeginn veränderte Kostenlage" notwendig geworden. Dies ist eine zynische Anspielung auf die äußerst bescheidenen Lohnerhöhungen, die sich die Automobilarbeiter im harten Kampf gegen Kapitalisten und Gewerkschaftsapparat erkämpfen mußten. Nach den Gesetzen der imperialistischen Profitwirtschaft dulden es die Monopole nicht, daß diese Lohnerhöhungen auf Kosten ihrer Profite gehen, sondern sie versuchen gleich, die erhöhten Lohnkosten wieder auf die Preise umzuschlagen.

Inzwischen hat auch Opel mit 3,5 Prozent Preiserhöhung nachgezogen, und man kann sicher sein, daß sämtliche Autofirmen sich anschließen werden. Denn es handelt sich hier um eine monopolistische Preisabsprache, die nur ein Ziel hat: die rücksichtlose Ausplünderung der werktätigen Massen!

Briefe — bald ein Luxus

Der Verwaltungsrat der Bundespost unter dem Vorsitz des aus der Bank für Gemeinwirtschaft bekannten Hesselbach hat jetzt den Plänen des Post-Ministers zugestimmt. Ab 1. Januar 1979 sollen Briefe 60 Pfennig und Postkarten 50 Pfennig kosten. Auch Päckchen und Pakete, Postanweisungen und Postscheckkonten sollen zwischen 10 und 20 Prozent teurer werden.

Solch unverschämt hohe Preisaufschläge wagen zur Zeit nicht einmal die privatkapitalistischen Betriebe durchzusetzen. Dies zeigt wieder einmal, daß der kapitalistische Staat, im Gegensatz zu den Reden der Regierung , daß sie für stabile Preise sorgen will, in der Praxis einer der größten Preistreiber ist. Daß er im Interesse der kapitalistischen Monopole rücksichtslos die Werktätigen auszuplündern versucht.

Besonders dreist ist diese Preiserhöhung auch deshalb, weil die Bundespost gerade in den letzten beiden Jahren riesige Gewinne gemacht hat. 1976 waren es 629 Millionen Mark Gewinn, 1977 schon 1,17 Milliarden. Und für 1978 sieht die Rechnung so aus: Postminister Gscheidle rechnet mit 1,2 Milliarden Gewinn und einer Abgabe der Post an den Bundeshaushalt in Höhe von etwa 2 Milliarden Mark. Also insgesamt 3,2 Milliarden, die aus den Taschen der Werktätigen geraubt werden sollen und durch skrupellose Rationalisierung aus den Postbediensteten herausgepreßt werden. Die zusätzliche Preiserhöhung für das Jahr 1979 zeigt: Die Profitgier dieses kapitalistischen Staates ist unersättlich

Eine „saubere" Bombe!

Wie die „Washington Post" veröffentlichte, beabsichtigt der Pentagon, eine neue perverse Massenvernichtungswaffe zu bauen, die sogenannte RRR-Bombe. Das soll eine Atombombe sein, die im Gegensatz zur Neutronenbombe eine große Sprengkraft und angeblich kaum radioaktive Strahlung aufweisen soll. Diese Bombe ist eine Waffe unter vielen in dem ganzen Arsenal von atomaren Vernichtungswaffen, die der US-Imperialismus entwickeln will, um in einem Atomkrieg gegen den sowjetischen Sozialimperialismus „im Vorteil" zu sein. Es kann keinen Zweifel darüber geben: Die Krater, die diese Bomben reißen, werden u. a. auch dort entstehen, wo vorher deutsche Werktätige gelebt haben und die Berge, die die RRR-Bomben hinwegfegen sollen, sind Berge unserer Heimat. Ein Einsatz dieser Waffen in einem imperialistischen Krieg zwischen den beiden Supermächten und ihren Militärblöcken soll unter den Völkern Europas wie auch unter dem deutschen Volk ein grausames Blutbad anrichten. Das geht u. a. aus dem Hinweis hervor, daß den RRR-Bomben die Aufgabe zugedacht wird, die früher die „Atomminen" der Amis haben sollten und für die schon in deutschen Straßen und Brücken die Bohrlöcher angefertigt wurden.

Das deutsche Volk will weder Neutronenbomben noch RRR-Bomben noch überhaupt irgendwelche Atombomben des amerikanischen Imperialismus auf seinem Boden gelagert haben. Die deutschen Werktätigen haben die Besetzung ihrer Heimat durch die Ami-Truppen und ihre vielfältigen Massenvernichtungswaffen schon lange satt und sie lassen sich auch nicht von den zynischen Phrasen Carters über die „Humanisierung der Waffen" nicht verhöhnen.

Steuern

Die Mark ist nur die Hälfte wert

In den meisten Branchen sind die Tarifrunden gelaufen. Zwischen vier und fünf Prozent Lohnerhöhung haben die Kapitalisten in Zusammenarbeit mit dem verräterischen DGB-Apparat durchgesetzt, obwohl die Kollegen kampfstark waren, obwohl sie mehr Lohn brauchen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Denn was sind fünf Prozent auf einen Lohn von beispielsweise 1.200 DM? 60 Mark mehr. Aber: Von jeder mehr verdienten Mark kassiert der Staat durch Steuern und Sozialabgaben 48 Pfennig wieder ein!

Von Jahr zu Jahr wachsen die Steuern. Die Regierung bemüht sich dabei, den Eindruck zu erwecken, als ob die wachsende Steuerlast alle gleich träfe, als ob jeder „sein Scherflein" beitragen müsse, um die Gemeinschaftskosten der Gesellschaft zu tragen. Dies ist aber nichts als Lug und Betrug. Denn es sind die Werktätigen, die durch die staatlichen Steuern zusätzlich ausgebeutet und ausgeplündert werden, während die Monopole sich nicht nur in beträchtlichem Ausmaß ihrer symbolischen Steuerzahlung entziehen, sondern sich auch aus den Kassen des Staatshaushaltes reichlich bedienen.

So ist allein von 1960 bis 1977 die jährliche Summe der Lohnsteuer, also der Steuer, die direkt aus den Werktätigen herausgepreßt wird, von 8,1 Milliarden Mark auf 92,5 Milliarden Mark, d. h. um das Elffache gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Lohnsteuer am jährlichen Gesamtsteuereinkommen des Bonner Staates von 11,8 auf 31,1 Prozent. Und für das Jahr 1980 rechnet die Regierung mit 40 Prozent! Im Gegensatz dazu sank der Anteil der Steuern, den die Kapitalisten zahlen, am Gesamtsteueraufkommen von 21,5 Prozent Anfang der sechziger Jahre bis heute auf 13,5 Prozent. Der Anteil der Körperschaftssteuer, den die großen Gesellschaften entrichten, fiel sogar in den letzten zehn Jahren von sechs auf vier Prozent.

Und das sind nur die direkten Steuern. Die indirekten Steuern, wie die Mehrwertsteuer oder die Verbrauchssteuern, werden ebenfalls zu neun Zehnteln von den Werktätigen aufgebracht. Denn die indirekten Steuern werden faktisch von den Käufern bezahlt. Es sind vor allem Massenverbrauchsmittel, die in dieser Form besteuert werden. Mineralölsteuer 19 Milliarden, Kfz-Steuer sechs Milliarden, Tabaksteuer zehn Milliarden Mark. Die Werktätigen müssen sie zahlen, die Kapitalisten schlagen sie auf ihre Preise auf. Und die Regierung hat erst kürzlich die Anhebung von indirekten Steuern, nämlich der Heizölsteuer, beschlossen.

Und wofür werden die Steuern verwandt? Fast 200 Milliarden wird der Staatshaushalt im nächsten Jahr umfassen. Der überwiegende Teil dieser Riesensumme wird für den Etat des Kriegs- und des Innenministeriums ausgegeben, also für die militärische Aufrüstung und für den Aufbau des staatlichen Unterdrückungsapparats, für Polizei und „Sozial"-Bürokratie. Die Ausgaben für Kultur und Wissenschaft, für Bildung und Gesundheitswesen machen nur einen verschwindenden Posten im Staatshaushalt der kapitalistischen Länder aus.

Bedeutend dagegen ist der Anteil aus dem Staatshaushalt, den die Monopolkapitalisten in Form von Staatsaufträgen und Subventionen in ihre Tasche stecken. Im „Subventions-Bericht" der Bundesregierung wurden für das Jahr 1977 47 Milliarden Mark, das ist ein Viertel des Haushalts, Subventionen erwähnt. Zur Täuschung ist darin allerdings auch die Sparförderung aufgeführt, die im wesentlichen kleineren Einkommen zufließt. In der Hauptsache jedoch fließen die Subventionen den Monopolkapitalisten zu. So haben die Erben des Monopolkapitalisten Flick aufgrund der Subventionspolitik keinen Pfennig Steuern zahlen müssen! Und niemand in der Regierung denkt daran, die unverschämte Subventionierung abzuschaffen. Darüber hinaus ziehen die Monopole aus den staatlichen Aufträgen, vor allem aus den Rüstungsaufträgen, enorme Profite. Die Steuern sind somit im Kapitalismus zugleich eine Form zusätzlicher Ausbeutung der Werktätigen, da ein Teil ihrer Einkünfte durch den Staatshaushalt zugunsten der Monopolbourgeoisie neu verteilt wird.

Diese räuberische Steuerpolitik zeigt, daß dieser kapitalistische Staat und seine Regierung nichts anderes im Sinn haben, als die Werktätigen in der Krise noch stärker auszubeuten und auszuplündern. Finanzminister Matthöfer hat bereits den nächsten Angriff auf die Werktätigen vor: die Streichung der Sparförderung! Kämpfen wir gegen die Steuerpolitik des Bonner Staates! Kämpfen wir für ein Leben ohne Steuern, ohne staatliche Ausplünderung in einem sozialistischen Deutschland!

Kurz berichtet

Karlsruhe

Am 25. April fand in Karlsruhe eine Albanienveranstaltung statt, zu der die Partei auf einem Flugblatt einlud. Zur Veranstaltung kamen 20 Personen, darunter viele, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der Partei besuchten. Zu Beginn zeigte ein Genosse Dias von einer Albanienreise.

Tübingen

Etwa 40 Personen besuchten am 27. April die Veranstaltung der Ortsgruppe Tübingen zum Thema „Die Außenpolitik der VR China und die Theorie der drei Welten". In einem ausführlichen Referat kritisierte ein Genosse diese Theorie vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus und zeigte viele Beispiele für die Auswirkung dieser Theorie in der chinesischen Außenpolitik auf. An der anschließenden lebhaften Diskussion nahmen auch Vertreter des KABD teil.

Hamburg

Zu einer Veranstaltung, zu der die „Front gegen Reaktion und Faschismus" in der Gaststätte „Jarrestadt" eingeladen hatte, fanden sich 220 Personen ein. Einer der angeklagten Antifaschisten sprach über die Notwendigkeit des Aufbaus der „Front gegen Reaktion und Faschismus". Anschließend wurde der Film „Einer von uns" gezeigt, der dem Andenken Werner Seelenbinders gewidmet ist, der 1944 von den Nazis ermordet wurde. Danach berichtete ein anderer der angeklagten Antifaschisten über den Prozeß im Hamburger Landgericht. Durch eine Spendensammlung in Höhe von 878 DM drückten die Anwesenden ihre Solidarität mit dem Kampf der Antifaschisten aus.

Gelsenkirchen



Seit dem 1. Mai 1978 gibt es für den Stadtteil Hüllen in Gelsenkirchen die Stadtteilzeitung der KPD/ML „Hüller Sprachrohr". In der ersten Ausgabe werden die Kollegen beim Schalker Verein aufgerufen, den Kampf gegen die geplanten 500 Entlassungen in die eigenen Hände zu nehmen. Unter anderem wird auch auf die Berufungsverhandlung gegen vier Genossen eingegangen, die auf einem Flugblatt die Bettennot in den Krankenhäusern Gelsenkirchens angeprangert hatten und deshalb zu 6.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren.

Hannover

Auf der Veranstaltung der KPD/ML in Hannover zum Roten 1. Mai beschlossen die Anwesenden eine Resolution zur Solidarität mit den Angeklagten in den Grohnde-Prozessen. In der Resolution heißt es unter anderem: „Die Anklage richtet sich gegen alle fortschrittlichen Menschen. Ab 18. Mai soll nun Genosse Klaus Hahn vor dem Landgericht Hannover stehen wegen ‚schweren Landfriedensbruchs, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt'. Genosse Klaus genießt unsere volle Unterstützung im Kampf gegen diesen Angriff der bürgerlichen Klassenjustiz. Nicht er, sondern die Atomplaner der Bonner Parteien gehören auf die Anklagebank."

Offen gesagt ...

Ein Antifaschist?

Diese „Klarstellung" von Ministerpräsident Filbinger war wirklich einmal nötig. Denn immer wieder wird in der Öffentlichkeit, wie Filbinger auf der eilig einberufenen Pressekonferenz beklagte, „wider besseres Wissen der Versuch gemacht, einen Mann, der öffentliche Verantwortung trägt, mit Schmutz zu bewerfen." Filbinger „trat aus der sonst von ihm geübten Zurückhaltung heraus" und erklärte, was wohl bisher niemand geahnt hat, „daß er während des ganzen Dritten Reiches seine antinazistische Gesinnung nicht nur in sich getragen, sondern auch sichtbar gelebt" habe. Dieser Filbinger — ein „Antifaschist" — und er hat es bisher niemandem außer seinen Kumpanen im Staatsapparat verraten!

Filbinger also ein Vorbild an Zurückhaltung und Bescheidenheit? Für wie dumm hält eigentlich dieser sich bieder gebende „Landesvater" die Bevölkerung? Noch nach Kriegsschluß, am 29. Mai 1945, ließ dieser ehemalige Stabsrichter den Obergefreiten Kurt Paetzold zu sechs Monaten Gefängnis verurteilen! Dies soll „sichtbar gelebte antinazistische Gesinnung" sein? Für uns ist dies das Terrorurteil eines Nazi-Richters, der noch über den Tod seines Meisters hinaus Rache an der Bevölkerung üben will!

Oder das kürzlich bekannt gewordene Todesurteil für den 22jährigen Matrosen Walter Gröger, das der damalige Marinestabsrichter Filbinger als Vertreter der Anklage in den letzten Kriegstagen, nämlich im März 1945 in Oslo, beantragte und vollstrecken ließ! „Sichtbar gelebte antinazistische Gesinnung" ?Filbinger persönlich überwachte den Mord an diesem jungen Soldaten! Heute sagt er: „Fahnenflucht war nicht nur in Deutschland, sondern in allen Nationen ein mit Todesstrafe belegtes Delikt." Aber gerade dieser Matrose hatte in der ersten Instanz acht Jahre Zuchthaus erhalten — also nicht die Todesstrafe. Und es war dieser sich heute als „Antifaschist" gebende Filbinger, der die Hinrichtung beantragte!

Daß dieser Nazi-Richter, der noch in den letzten Kriegstagen Blut sehen wollte, heute wieder „öffentliche Verantwortung trägt", ist bezeichnend für diesen Nachfolgestaat des Dritten Reiches. Allerdings wird einmal auch die Zeit kommen, wo Leute vom Schlage eines Herrn Filbinger als Angeklagte vor Gericht stehen...

AUS DEM INHALT

4,3-Prozent-Abschluß im Bergbau ... 4
Private Gebäudereinigungsfirmen: unverschämte Ausbeutung ... 4
Stuttgart: Revolutionärer Betriebsrat gewählt ... 4
Liste „Frischer Wind" bei Reinshagen/Westberlin ... 5
Weil Muttertag ist ... 6
Kanzler Schmidt kanzelt die Frauen ab ... 6
Feier zum 8. März in Albanien ... 6
Urteil im Prozeß gegen den „Roten Morgen" ... 7
Aktionen der Roten Garde ... 8
Weitere Berichte zum Roten 1. Mai 1978 ... 9
Südlibanon: Patrioten schlagen Angriffe von UNO-Einheiten zurück ... 10
Parteitag der spanischen Revisionisten ... 10
Französische Aggression gegen den Tschad ... 10
1. Mai in aller Welt ... 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Geschäftemacherei und Abrüstungsschwindel

Breschnew in Bonn. Das hieß Sicherheitsstufe 1 überall da, wo Breschnew auftauchte. Kein anderer Bonner Staatsbesuch hat bisher solch eine panische Angst vor den Werktätigen gehabt wie dieser selbsternannte „Führer des Weltproletariats" aus Moskau. Freundliche Aufnahme fand er dagegen bei seinesgleichen. Bei der Bonner Regierung, den deutschen Kapitalisten und den Parteiführern von Willy Brandt bis hin zu Franz-Josef Strauß.

Es ging in erster Linie ums Geschäft. Abgeschlossen wurde ein auf 25 Jahre befristeter Kooperationsvertrag, der den Kapitalisten Riesenprofite bringen wird. Zwei Milliarden DM winken den Klöckner-Kapitalisten bei einem Auftrag über die Errichtung einer Aluminiumhütte in Sibirien. Weitere Milliarden den Bossen des Salzgitter-, Krupp-, Klöckner-, Hoechst- und Linde-Konzerns bei der Errichtung des petrochemischen Großkombinats Tomsk. Bis 1980 haben die westdeutschen Kapitalisten allein für Maschinen und Ausrüstungen Aufträge im Wert von 13 Mrd DM in der Tasche! Und alle Aufträge jetzt durch das neue Kooperationsabkommen durch Bundesbürgschaften abgesichert. Die Moskauer Herren ihrerseits spekulieren auf verstärkten Verkauf von Erdöl, auf einen Elektrizitätsverbund und vielleicht die Lieferung von Uran usw.

Und ein besonderer Triumph bei diesem Abkommen für die westdeutschen Imperialisten: Erstmals wurde auch Westberlin in einen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrag mit einbezogen! Womit die russsischen Sozialimperialisten ihren Verrat in der Berlin-Frage endgültig besiegelt haben.

Von Presse, Rundfunk und Fernsehen besonders herausgestrichen wurden die beiderseitigen Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungsbeteuerungen. Aber die sogenannte „neue Ostpolitik" hat den Frieden in Europa und in der Welt nicht einen Deut sicherer gemacht. Im Gegenteil. Die Tatsachen beweisen, daß die beiden Supermächte, der amerikanische und der russische Imperialismus, stärker aufrüsten denn je. Wenn sie abrüsten, dann nur, um veraltete Waffensysteme durch neue, noch grausamere, zu ersetzen: durch die Cruise-Missals, die Lance-Raketen und die Neutronenbombe auf amerikanischer Seite; durch die SS-20-Raketen und die Backfire-Flugzeuge auf russischer Seite.

Und die Herren in Bonn haben die Aufrüstung in den letzten Jahren so sehr vorangetrieben, daß sie heute die drittstärkste Militärmacht sind und bereits 60 Prozent der NATO-Streitkräfte in Europa stellen. Und sehen wir uns doch um in der Welt. Überall auf dem Erdball schüren die Supermächte und die anderen Imperialisten militärische Auseinandersetzungen, hetzen sie die Völker für ihre Interessen und ihren Profit in den Krieg — in Angola, im Nahen Osten oder wie jüngst, am Horn von Afrika.

Nein, alles Geschwätz über Völkerfreundschaft und sicheren Frieden durch die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Moskau kann niemanden täuschen. Nicht umsonst fand die Parole „Breschnew raus!" so große Zustimmung unter den Werktätigen. Unsere Forderungen heißen: „Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt! Deutschland dem deutschen Volk! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"


DER ROTE HANDHAKEN

KREMLZAR RAUS!

Auch in vielen Betriebs- und Stadtteilzeitungen der KPD/ML, wie im „Roten Handhaken" für den Hamburger Hafen, wird gefordert: „Kremlzar raus!".

Tausende Wurfzettel gegen den Breschnew-Besuch flattern vom Kölner Dom.


Eine von mehreren Agitations- und Propagandatafeln, auf denen Breschnew als Feind der Arbeiterklasse und der Völker entlarvt wird.

„Das kann kein Freund sein..."

„So einen Zirkus hat es hier noch nicht gegeben", sagt ein älterer Mann aus Langenhorn. Er wohnt in der Nähe des sogenannten Reihenhauses von Kanzler Schmidt, das jetzt durch den Besuch aus Moskau zu einiger Berühmtheit gelangt ist.

Die Langenhorner sind einiges gewohnt, von den hohen Staatsbesuchen, die ab und zu hier einfallen. Aber dieses Mal, so wird uns berichtet, mußten sogar die Müllmänner ausrücken und die Abfallkörbe von den Straßen entfernen, durch die Breschnews Wagenkolonne zieht. Und überall mußten vorher die Autos von den Straßen geholt werden. Kein einziger Wagen darf mehr am Bordstein parken, wenn Breschnew mit seinem Gefolge kommt. Ob in Abfallkörben, ob in parkenden Autos, überall wittern die Sicherheitsbeamten aus Bonn und Moskau Bomben.

Schmidts Haus selbst, das sich übrigens bei näherem Hinsehen als komfortabler Bungalow entpuppt, kürzlich erst mit Hunderttausenden Mark aus Steuergeldern renoviert und „terroristensicher" gemacht, dieses Haus ist hermetisch abgeriegelt. Wie beim Eingang in eine Kaserne, so steht hier eine Militärbaracke an der Einfahrt, die mit Grenzschutzleuten besetzt ist.

In den Tagen des Breschnew-Besuches erlebt Hamburg, wie es offiziell heißt, den größten Polizeieinsatz seit Kriegsende. GSG 9, Hundertschaften aus anderen Bundesländern und natürlich die Trupps und Gorillas, die Breschnew selbst aus Moskau mitgebracht hat. Sie sollen den Kreml-Herrn beschützen. Alle fünf Meter steht auf seinem Weg durch Hamburg ein Polizist. Und rücksichtslos setzen sich die Herren über die Interessen der Bevölkerung hinweg. Nicht nur, daß die Autos von den Straßen mußten. Da werden ganze Straßenzüge gesperrt und damit Stadtteile lahmgelegt. Da werden Buslinien eingestellt, U-Bahn-Eingänge geschlossen, die Straßenbahnlinie 2 teilweise stillgelegt.

Es waren vor allem diese Schikanen gegen die Bevölkerung, über die sich die Werktätigen empörten und aus denen sie auch ihre Schlußfolgerungen zogen. **„Das kann ja wohl kein Freund sein, der auf diese Art kommt", sagte ein Hafenarbeiter. Die Kollegen erinnerten sich noch an den Besuch von Husak im Hafen, für den ein roter Teppich auf dem Kai ausgerollt wurde. „Aber der ist ja bloß ein Handlanger", meinte ein Kollege. „Der Breschnew würde es gar nicht wagen, hierher zu kommen." Wut unter den Kollegen hatte die Forderung der Herren aus Moskau ausgelöst, in einigen Häusern an der Route Breschnews die Bewohner zu evakuieren. „Das hätten wir uns niemals gefallen lassen", erklärte ein Kollege.**

Am Tag der Ankunft Breschnews hatten die Genossen der Partei an vielen Stellen der Stadt ein Flugblatt gegen den Kremldiktator verteilt. Wie die Genossen berichten, fanden sie breite Unterstützung bei den Werktätigen. Gerade dort, wo die DKP-Revisionisten mit ihrer Breschnew-Jubelpropaganda auftraten, kam das deutlich zum Ausdruck. Da fand sich keine Stimme für den Kreml-Diktator. Die Unterjochung der DDR, die massive Aufrüstung, die blutige Unterdrückung der Volksmassen — all das rechneten die Hamburger Werktätigen den Revisionisten vor. Nein, da können diese Leute noch so laut „Druschba" (Freundschaft) schreien, die arbeitenden Menschen Hamburgs wollen Breschnew nicht in den Mauern ihrer Stadt sehen.

Eine ungeheure Provokation!

Sonntag morgen im Hamburger Stadtteil Eppendorf. Hier in der Tarpenbekstraße steht das Haus, in dem Ernst Thälmann, der unvergessene Führer der KPD, lebte. Heute ist diese Straße gespenstisch leer. Breschnew wird erwartet.

Absperrgitter an den Bordsteinen. Aber niemand steht dahinter. Die Werktätigen aus Eppendorf sind zu Hause geblieben. Sie wollen den Diktator aus Moskau nicht sehen. Nur Polizisten patrouillieren hinter den Gittern. Bewaffnet, einige mit Hunden. Und auf der leeren Straße verrichten Dutzende von Abschleppwagen ihr Werk. Sie hieven die letzten Autos und Motorräder, die hier noch stehen, auf ihre Ladeflächen.

Vor dem Thälmann-Haus selbst haben sich einige Jubeltrupps der DKP-Revisionisten zusammengefunden. Und drinnen? Dort, wo die DKP eine sogenannte Thälmann-Gedenkstätte eingerichtet hat, wartet nervös die Parteiprominenz auf ihren Herrn aus Moskau. Dann, mit halbstündiger Verspätung, trifft er ein. Motorrad-Eskorten vorweg, bewaffnete Polizei, GSG-Spezialisten, ihre entsprechenden Kollegen aus Moskau. Die Kolonne hält. Breschnew quält sich aus dem Fond seiner schweren Limousine. Das Rudel der schwerbewaffneten Leibwächter ist sofort um ihn, schirmt ihn ab. Die „Druschba" schreienden Revisionisten bekommen ihn gar nicht richtig zu sehen. Und dann läßt sich Breschnew einen vorbereiteten Kranz geben und legt ihn an der Mauer des Hauses nieder. „Für Ernst Thälmann, den Freund der Sowjetunion", steht auf der Schleife. Was für eine ungeheure Provokation!

Thälmann war ein Freund der Sowjetunion. Das stimmt. Aber ein Freund der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins! Er sagte selbst: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion."

Diese proletarische Diktatur aber haben Chruschtschow, Breschnew und Co. zerschlagen. Die Sowjetunion von heute ist eine imperialistische, eine sozialimperialistische Supermacht, die wie der USA-Imperialismus, die amerikanische Supermacht, andere Völker überfällt, unterdrückt und ausplündert — und deshalb genau wie sie bekämpft werden muß.

Ein gemeinsamer Starredner

Hamburg. Auf der breiten Welle der Ablehnung und der Empörung über den Breschnew-Besuch versuchten auch einige eingeschworene Feinde der Werktätigen zu schwimmen. Da hatte sich die Junge Union der CDU zu einer Protestkundgebung zusammengerottet. Da hatten die Führer der GRF ihre Anhänger aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekarrt.

Die Herren Semler und Co. hatten zwar noch nicht die „Antihegemonistische Einheitsfront" mit den CDU-Reaktionären schmieden können. Aber immerhin: Der Starredner auf beiden Kundgebungen war der gleiche. Der ehemalige russische Generalmajor Grigorenko. Dieser eingeschworene Antikommunist eilte, kaum daß er seine Rede vor der Jungen Union beendet hatte, zur Versammlung der GRF, um dort seine reaktionären Tiraden zu wiederholen.

Schon mittags auf der Kundgebung der GRF hatte man einige Kostproben solcher konterrevolutionären Reden erleben können. Da trat gemeinsam mit Semler der Abschaum der sogenannten Dissidenten aus Osteuropa auf. Da wurde ohne den geringsten Widerspruch der GRF-Führer Breschnew der „Nachfolger Stalins" genannt. Da wurde Stalin als Spalter der deutschen Nation verleumdet. Da wurde die „allmächtige Diktatur der kommunistischen Partei" zum Grundübel der Menschheit erklärt. **Vor dem Podium hatte sich mit ihren Transparenten eine faschistische Bande aufgebaut, die sich selbst den Namen „Antibolschewistischer Block der Nationen" gegeben hat. Eine Bande, die dort ungestraft „die Befreiung der Albaner vom Joch des Kommunismus" fordern konnte!**

Von dieser Art ist die „antihegemonistische Einheitsfront" der GRF-Führer! Diese Leute sind genauso reaktionär, durch und durch antikommunistisch, wie die DKP-Revisionisten mit ihren Breschnew-Jubelchören. Dieses Wochenende in Hamburg hat wieder einmal deutlich gezeigt, wer auf der Seite der Völker, des revolutionären Klassenkampfes steht, und wer — auf diese oder jene Art — den Imperialismus unterstützt.

Parolenmalen mit Hindernissen

Korrespondenz. Da am 4. 5. das Oberhaupt des sowjetischen Völkergefängnisses, Breschnew, nach Bonn kam, wollten wir, die Rote Garde Köln, ihm zu einer Begrüßung eine große Parole „Faschist Breschnew raus! Rote Garde" in Köln ans Rheinufer malen. Es wurde eine Aktion mit Hindernissen. Und das kam so.

Zuerst war der gute Platz, den wir uns ausgesucht hatten, schon eine Woche vorher bemalt. Deshalb wollten wir auf der anderen Rheinseite malen. Doch was sehen wir, als wir schwer bepackt mit Farbeimern dort ankamen? Die halbe Wand, auf der wir malen wollten, ist überschwemmt, weil der Rhein Hochwasser führt!

Was also tun? Breschnew muß schließlich würdig empfangen werden! Also wieder hinüber ans andere Rheinufer und eine neue Stelle ausgesucht. Inzwischen ist mehr als eine Stunde vergangen. Doch wir finden eine neue Stelle. Als wir anfangen wollen, schließt der „Tanzbrunnen". Zig Leute kommen vorbei. An sich macht das ja nichts. Weil aber das Parolenmalen lange dauern wird, besteht doch die Gefahr, daß — sollte doch jemand die Polizei holen — wir noch da sind, wenn sie kommt. Also heißt es abwarten.

Inzwischen sind eineinhalb Stunden vergangen. Wir beginnen, die Mauer genau auszumessen und malen dann zu dritt. Da! Ein Aufpasser ruft: „Bullen!" Nach fünf Minuten Entwarnung. Wir malen weiter. Als wir gerade fertig sind wieder: „Bullen!" Ein Polizist leuchtet sogar die Mauer hinunter, an der wir malen, aber an uns vorbei.

Wir warten. Erst nach 20 Minuten heißt es wieder Entwarnung. Fast drei Stunden hat die Aktion gedauert. Aber sie hat sich gelohnt! Übrigens ergaben 30 kg Farbe 30 Meter Parole: „Faschist Breschnew raus! Rote Garde!"

„Das sind wir denen drüben schuldig"

„Das ist richtig. Den wollen wir hier nicht haben", sagten spontan viele Werktätige in Köln, wo Genossen der Partei am Mittwoch Flugblätter verteilten. „Breschnew — raus!", diese Parole fand die Zustimmung vieler.

„Das sind wir denen drüben schuldig", meinte einer. Aber Empörung herrschte nicht nur über Breschnew, den Kremlzaren und den Herrscher über 300.000 Besatzer in der DDR. Wütende Äußerungen gab es auch über die Regierung in Bonn: „Die Regierung geht über alles hinweg, was die machen", sagte einer. „Was mit der Tschechoslowakei passiert ist, was die in der DDR gemacht haben, das läßt die kalt. Denen geht es nur ums Geschäft."

Die gleiche positive Reaktion auch in Bonn, wo am Samstag die Flugblätter der Partei gegen den Breschnew-Besuch verteilt wurden. Am Donnerstag morgen dann, dem Tag, als Breschnew in der Bundesrepublik ankam, prangte eine riesige Parole an den Rheinmauern in Köln: „Faschist Breschnew raus! Rote Garde!"

Am selben Tag am Dom-Platz in Köln. Die Menschen schauen nach oben, auf den Dom hinauf. Von diesem berühmten Gotteshaus kommt heute ein ungewohnter Segen. Rot, blau, grün segelt es herab. Wird von den Menschen auf dem Dom-Platz begierig aufgefangen. Was auf dem Erdboden landet, bleibt nicht lange liegen, wird aufgehoben, eingesteckt, mit nach Hause genommen. Als der Genosse, der diesen bunten Regen von den Höhen des Doms aus verursacht hat, wieder auf den Domplatz kommt, findet er fast keine seiner Wurfzettelchen mehr wieder. Die gleiche sympathische Aufnahme finden diese Zettelchen auch beim Kaufhof in Köln und in der Bonner Einkaufszone, wo sie ebenfalls durch die Luft wirbeln.

Möge diese Aktion und alles, was in diesen Tagen in Köln und Bonn geschah, dazu beitragen, daß sich bald bewahrheitet, was auf einem dieser Zettelchen stand: „Ihr Herren in Moskau, ihr Herren in Bonn — einst stürzt euch die proletarische Revolution!"

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Resolution gegen ÖTV-Abschluß

Folgende Resolution wurde Ende April von Beschäftigten des Stadtkrankenhauses Kassel verabschiedet und an die ÖTV-Kassel und den Hauptvorstand der ÖTV gesandt.

„Am 12. 4. 78 stimmte die Große Tarifkommission der ÖTV einem 4,5-Prozent-Tarifabschluß zu. Für einige Bundesländer wurden Urlaubsverbesserungen vereinbart (gilt nicht für Hessen). Dieser Abschluß bringt den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst keine reale finanzielle Verbesserung. Wenn man die größere Steuerbelastung, die sich ständig erhöhenden Lebenshaltungskosten wie z. B. Preiserhöhungen bei Strom, Gas, Fahrpreisen, Kleidung und Nahrungsmitteln bedenkt, so hat der Durchschnittsverdiener mit 4,5 Prozent „Lohnerhöhung" ein Minus in seinem Portemonnaie zu verzeichnen.

Viele Mitglieder der ÖTV hatten Forderungen von acht Prozent bzw. Festgeldforderungen um 200 DM gestellt. Trotzdem hat sich an dem 7,5-Prozent-Vorschlag von Herrn Kluncker nichts geändert. Offensichtlich wurden die Mitgliederforderungen also nicht beachtet. Wir protestieren hiermit gegen diesen Tarifabschluß, der sogar noch unter den Abschlüssen anderer Bereiche liegt und somit gegenüber den Löhnen in der Industrie weiter absinkt und durch den reinen Prozentabschluß die Lohnschere immer weiter auseinandergeht. Dieser Abschluß entspricht deshalb nicht den Interessen der Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst."

„Jetzt machen die nicht mehr mit uns, was sie wollen"

Vor einiger Zeit hat sich an den Krupp-Krankenanstalten in Essen eine Betriebsgruppe gebildet, die sich mit betrieblichen Problemen befaßt. Einige Zeit später fanden die Vorbereitungen zur Betriebsratswahl 78 statt. Bisher hatte unter den Kollegen noch nie ein großes Interesse am Betriebsrat bestanden, waren doch die Aktivitäten des alten Betriebsrats gleich Null. Sein Rechenschaftsbericht auf der letzten Betriebsversammlung erschöpfte sich dann auch darin, daß er zwei Behindertenparkplätze geschaffen hatte und den Kollegen neun Spinde besorgt hatte. Eine beachtenswerte Leistung — angesichts der steigenden Arbeitshetze auf den Stationen, der fehlenden Sonn- und Feiertagszulage, der Minderbezahlung der Pflegeschüler durch den Haustarif u. a. m.

Den Kollegen war klar, daß es so nicht weitergehen konnte. Einige fortschrittliche Schwestern stellten sich zur Wahl als Kandidaten auf der Einheitsliste auf, um dem alten Trott ein Ende zu machen. Auch die Betriebsgruppe stellte eine Kandidatin auf.

Dazu wurde ein Kampfprogramm erarbeitet, in dem klargemacht wurde, daß ein Betriebsrat konsequent die Interessen der Kollegen vertreten muß, daß es aber gleichzeitig auf die Kampfbereitschaft der Belegschaft ankommt, denn ein Betriebsrat auf sich allein gestellt kann nichts ausrichten. Dieses Programm spiegelt die wirklichen Interessen der Kollegen wider. Es richtet sich gegen die Rationalisierung, gegen den Haustarif, der für die Schüler 200 Mark brutto weniger bedeutet als der normale Tarif des Öffentlichen Dienstes, gegen Nichtübernahme von Auszubildenden nach dem Examen und greift noch viele andere Forderungen auf. Einige Beispiele: Erweiterung der Planstellen, keine Anrechnung von Schülern auf den Stellenplan, Lernmittelfreiheit für die Schüler, keiner Entlassung darf zugestimmt werden.

Das Programm fand großen Widerhall bei den Kollegen und wurde auf allen Stationen breit diskutiert. Natürlich setzte auch prompt die Hetze von seiten der Verwaltung ein: Irgendein „Chaot" wolle in den Betriebsrat, um diesen zu unterwandern. Die Geschäftsleitung unternahm den Versuch, sämtliche Programme wieder einzusammeln.

Am gleichen Tag, an dem das Kampfprogramm verteilt wurde, fand eine Betriebsversammlung zur Vorstellung der Kandidaten statt. Zahlreiche Kollegen erschienen, noch nie war das Interesse an einer Betriebsratswahl so groß gewesen. Trotz der Hetze im Betrieb hielt die Geschäftsleitung sich zurück, die Unterstützung der Kollegen für die Kandidatin war zu deutlich. Das zeigte auch ein Brief, den diese am nächsten Tag erhielt und in dem eine Kollegin ihre Freude darüber ausdrückte, daß seit fünf Jahren mal wieder Aktivitäten im Krankenhaus entfaltet wurden. Dementsprechend sah auch das Wahlergebnis aus. Lediglich drei von neun Betriebsratsmitgliedern hatten dem alten Betriebsrat angehört! Die Kandidatin der Betriebsgruppe erzielte 30 Prozent der Stimmen und damit den dritten Platz. Die Reaktion der Kollegen — eine Kollegin sprach aus, was alle dachten: „Jetzt machen die nicht mehr mit uns, was sie wollen."

Rot Front!

Eine Kollegin aus dem Krankenhaus.

Der Fernfahrer und der Polizist

Bei Solex (Westberlin) dauerte die Betriebsratswahl zwei Tage. Denn Freitag wurde in zwei, am Montag im dritten Werk gewählt. „Was passiert mit den Wahlurnen bis zur Auszählung?" fragten sich viele Kollegen. Die Urnen waren nach Feierabend und übers Wochenende im Pförtnerhäuschen bei Solex eingeschlossen. Deshalb stand ununterbrochen von Freitag nachmittag bis Montag früh und dann von Montag nachmittag an bis zur Auszählung ein PKW auf der Straßenseite gegenüber, der rund um die Uhr mit zwei Solex-Kollegen besetzt war. So wäre es sofort aufgefallen, wenn sich jemand an den Wahlurnen zu schaffen gemacht hätte. Daß da ständig ein PKW auf der Straßenseite gegenüber dem Firmeneingang stand, fiel einigen Fernfahrern auf. „Scheiß Bullen, wohl vom Verfassungsschutz, haut bloß ab", das waren ihre Kommentare. Eine sehr gesunde Reaktion, die die betroffenen Kollegen in dem Auto nicht störte.

Ganz anders reagierte ein Hausbewohner aus dem Haus neben der Firma. Als wir nachts um drei unsere Kollegen bei der Wache ablösten, es ging mittlerweile auf Dienstag zu, und die Autos standen nun schon den vierten Tag dort, ging also nachts um drei das Licht an im dritten Stock im Haus gegenüber. Die Leute beobachteten unsere Ablösung, nach einer Weile ging das Licht wieder aus.

Morgens um kurz nach fünf, es war schon hell geworden, kam aus demselben Haus ein Mann auf unser Auto zu. „Kann ich Sie bitte einmal sprechen?" fragte er mich höflich. Ich stieg aus. „Sie sind doch sicher von der Polizei. Wissen Sie, ich bin selbst Polizeibeamter und muß jetzt zum Dienst. Ich konnte nicht schlafen, weil seit Freitag hier immer die Türen knallen und nachts der Motor läuft. Wir wollten schon den Funkwagen rufen, haben es aber unterlassen, weil Sie sicherlich Kollegen sind, die sich hier im Einsatz befinden."

Die Sache war um sieben Uhr sowieso vorbei, so klärten wir ihn auf, und die Kollegen schütteten sich später aus vor Lachen, als ich ihnen von dem dämlichen Polizisten erzählte.

Ein Genosse von Solex

Ruhrbergbau: Tarifabschluß unter Bonner Lohnleitlinien

Verrat von Schmidt und Co.

4,3 Prozent — einer der niedrigsten Tarifabschlüsse der ganzen Lohnrunde. Darauf einigten sich die Bonzen der IG Bergbau und Energie am Freitag vergangener Woche mit den Ruhrkohle-Kapitalisten.

Dieser Abschluß bedeutet: Die schwerarbeitenden Steinkohlekumpels werden sich in diesem Jahr noch mehr einschränken müssen, um über die Runden zu kommen. Ob bei IG-Bergbau-Boß Adolf Schmidt, berüchtigt und verhaßt als Arbeiterverräter und Reaktionär übelster Sorte, wohl gleich ein Glückwunsch von seinem Busenfreund und Namensvetter Helmut Schmidt einging? Immerhin liegt dieser Schandabschluß noch ein ganzes Stück unter den Bonner Lohnleitlinien. Jedenfalls: Ruhrkohlebosse und Kanzler werden sich freuen: Auf ihren Adolf können sie sich verlassen...

Schon die Forderung des IG-Bergbau-Apparats war ein Hohn auf die Interessen der Kumpels: 6,5 Prozent. Da konnten es sich die Ruhrkohlekapitalisten leisten, zuerst einmal gar kein Angebot zu machen und dann mit unverschämten 3,4 Prozent zu provozieren. Trotz dieser Unverfrorenheit erklärt Gelhorn, der zweite Vorsitzende der IG Bergbau, am Freitag, vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde, es bestehe „kein Grund zur Besorgnis, daß sich die Auseinandersetzung mit dem Unternehmensverband Ruhrkohle zuspitzen wird". So wußten die Bosse also, daß der Gewerkschaftsapparat offenbar gute Vorarbeit geleistet hatte, um die Kampfbereitschaft in den Schächten abzuwiegeln und die Kumpels unter Kontrolle zu halten.

Es wurden noch lächerliche 0,9 Prozent auf das Hohn-Angebot draufgelegt in dieser dritten Verhandlungsrunde, und fertig war der Lohnraubabschluß. Ob sich Bosse und Bonzen allerdings über ihren vorerst geretteten „Tariffrieden" längere Zeit werden freuen können, ist noch eine andere Frage. Die Ruhr-Kumpel lassen sich nicht widerstandslos immer unverschämter verschaukeln und auspressen. Und es werden Tage kommen, wo die Kollegen marschieren, mit ihren eigenen Forderungen. Dann wird den Herren das Lachen vergehen. Die RGO faßt auch auf den Zechen Fuß und damit wächst die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen.

Jetzt hört man wieder die bekannten Sprüche vom „vertretbaren Ergebnis", das „der schlechten Ertragslage angemessen" sei. Dabei erhalten die Ruhrkohlekapitalisten in den kommenden Jahren wieder Milliardensubventionen aus der Bonner und Düsseldorfer Staatskasse. Aus Bonn wurden ihnen bis 1983 pro Jahr 582 Millionen DM zugesichert. Von der nordrheinwestfälischen Regierung kommt ebenfalls über eine Milliarde in den nächsten Jahren. Wenige Wochen vor diesen Subventionsbeschlüssen hatte der Chef der Ruhrkohle AG, Karlheinz Bund, dreist gedroht: Es werden in diesem Jahr noch vier große Zechen stillgelegt, falls nicht 2,5 Milliarden an Subventionen gezahlt werden. Sogenannte „Experten" stellten jetzt bereits die Prognose, daß trotz der prompten Erfüllung dieser Forderung Zechenstillegungen durch die Ruhrkohle AG in diesem Jahr durchaus wahrscheinlich sind.

In privaten Gebäudereinigungsfirmen

Unverschämte Ausbeutung der Putzfrauen

Wie Pilze schießen private Gebäudereinigungsfirmen aus dem Boden, seit die Behörden dazu übergegangen sind, ihre öffentlichen Gebäude nicht mehr durch eigene Arbeitskräfte reinigen zu lassen, sondern der Privatwirtschaft dieses profitable Geschäft überlassen. Und in der Tat, die Mittel, mit denen diese Firmen die insgesamt 300.000 Beschäftigten, Putz- und Reinigungskräfte, die sie mittlerweile unter ihrer Fuchtel haben, ausbeuten, sind so ungeheuerlich, daß selbst die bürgerliche Presse sich genötigt sieht, darauf einzugehen.

Bei der Privatisierung der Gebäudereinigung gehen massenweise Arbeitsplätze verloren, und bei den „neuen Herren" werden die Arbeitsleistungen noch mehr erhöht und die Löhne gesenkt. Betroffen sind vor allem Hausfrauen, die hinzuverdienen müssen und deshalb unter beliebigen Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind. Bezahlt werden die Frauen regelmäßig unter Tarif. So beim Hamburger Reinigungsunternehmen „Büro 2.000" — Lohn: bis vor kurzem 5,25 DM. Oder eine Würzburger Firma: 4,60 DM! Sozialleistungen sind bei Teilzeitarbeit von zehn bis 15 Stunden unbekannt! Die offiziell zuerkannten Rechtsansprüche auf Verdienst nach Tariflohn, Jahresurlaub und Lohnfortzahlung werden durch die Arbeitsverträge ausdrücklich ausgeschlossen!

Wer geht, muß Strafe zahlen

Weiter heißt es z. B. in einem von der „Main-Rundschau" veröffentlichten Würzburger Arbeitsvertrag: „Bei unentschuldigtem Fernbleiben ... verpflichtet sich der Arbeitnehmer, eine Vertragsstrafe in Höhe von DM 30,— zu bezahlen." In der gleichen Zeitung wird die Frau aus einem anderen Unternehmen zitiert, die berichtete: „Ich war ein paar Tage krank, Krankengeld oder Lohnfortzahlung habe ich nicht bekommen. Mir wurden stattdessen aber für jeden Tag 20 DM abgezogen, weil ich mangels Krankenversicherung kein ärztliches Attest vorlegen konnte."

Der Gipfel der Unverschämtheit kommt aber noch: So hat jeder gesetzlich die Möglichkeit, durch mehrere Teilzeitbeschäftigungen ein versicherungspflichtiges Einkommen zu erreichen, um sich Rentenansprüche zu sichern. Dem wird durch die Arbeitsverträge aber ein Riegel vorgeschoben: „Der Arbeitnehmer versichert, daß er kein Entgelt aus anderen Teilzeitbeschäftigungen bezieht, das zusammen mit den Bezügen aus dem Arbeitsverhältnis bei der Firma... die oben genannte Einkommensgrenze (§§ 168 Abs. 2b, 1228 Abs. 2b RVO) überschreiten würde, daß er ferner nicht bei einem anderen Arbeitgeber oder Krankenkasse gemeldet ist." Damit verhindert das Unternehmen, anteilmäßig Sozialversicherungsbeiträge zahlen zu müssen.

„Finsterste Zeiten des Frühkapitalismus?" fragt sich die bürgerliche Presse. Finstere Zeiten? Ja, aber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, die diese Zustände der völligen Entrechtung und Ausbeutung hervorbringt. So ist es bezeichnend, daß sich natürlich kein Staatsanwalt findet, der diese Praktiken strafrechtlich verfolgen würde. Die kapitalistische Ausbeuterordnung erwartet von diesen Bütteln des Kapitals, daß sie die Augen davor verschließen.

Druckbetrieb in Stuttgart

46 Prozent für revolutionären Betriebsrat

Schon seit einem Jahr gab es in einer Stuttgarter Druckerei einen revolutionären Kollegen im Betriebsrat. Er war durch seinen kämpferischen Einsatz für die Interessen der Belegschaft hervorgetreten. Und nicht nur gegenüber der Geschäftsleitung war er konsequent und unbestechlich, sondern er nahm auch eine klare Haltung gegen den Verrat der Bonzen der IG Druck und Papier ein. So konnte er sich die Anerkennung großer Teile der Belegschaft erwerben.

Als nun die Einheitsliste für die Betriebsratswahl aufgestellt wurde, bekam der Kollege von der Belegschaft mehr Stimmen als jedes andere Mitglied des alten Betriebsrats. Der Geschäftsleitung und den Vertretern des Gewerkschaftsapparats war dies ein Dorn im Auge. Ein eingefleischter Anhänger des Gewerkschaftsapparats und die alte Betriebsratsvorsitzende zogen eine Stunde vor dem Ablauf der Kandidateneinreichungsfrist plötzlich eine eigene Liste unter Ausschluß des revolutionären Kollegen hervor.

Der revolutionäre Kandidat reagierte darauf, indem er nun selbst eine eigene Liste einreichte. Innerhalb einer halben Stunde hatte er die notwendigen Unterschriften zusammen.

In der Belegschaft wurde tagelang über diesen Vorfall diskutiert. Die Kollegen waren über das hinterhältige Manöver der Vertreter des Gewerkschaftsapparates empört. Sie hatten Persönlichkeitswahl mit einer offenen Liste gewünscht. Die Kollegen waren auch darüber empört, daß seitens des Gewerkschaftsapparats und der Geschäftsleitung gegen den revolutionären Kandidaten eine üble antikommunistische Hetze betrieben und daß der Kollege als Lügner verleumdet wurde.

Am Wahltag bekamen die Bosse und Arbeiterverräter dann die Quittung: 46 Prozent der Kollegen stimmten für die Liste des revolutionären Kandidaten. Das hätte sogar für zwei der fünf Sitze im Betriebsrat gereicht. Die Freude der kämpferisch eingestellten Kollegen war groß. Und hier das genaue Ergebnis: Von 94 gültigen Stimmen entfielen auf den revolutionären Kandidaten 43, auf die Liste des Gewerkschaftsapparats 51 Stimmen.

Kabelwerke Reinshagen in Westberlin:

Liste „Frischer Wind“ mit 7 Kandidaten steht

IGM-Bonze Vandrei steht am Rednerpult, in seiner Hand die erste Nummer der „RGO-Nachrichten“ (Zeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition). Er zitiert daraus und hetzt gegen die RGO und gegen die Liste „Frischer Wind“, deren Aufstellung er und seine Komplizen nicht verhindern konnten und die nun die Nummer 1 bei der Auslosung erhalten hat.

Aber es scheint, die Auffassungen Vandreis und die der Arbeiter gehen weit auseinander. Alles, was er gegen die Liste vorbringt, wirkt auf die Kollegen eher wie eine Propagierung der Liste. Am Ende seines Auftritts herrscht peinliche Stille. Dann rasselt es Kritik und Fragen an die alten Betriebsräte. Vielen Kollegen ist nun klar geworden: Anstatt die Interessen der Belegschaft zu vertreten, hielt es der alte Betriebsrat mit der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Bossen. Da muß ein frischer Wind rein, und der alte Mief muß endlich raus...

Schon jahrelang hatte es außer der Weihnachtsversammlung keine Betriebsversammlung mehr gegeben. Auch gegen die Abhaltung dieser jetzigen Versammlung vor der Wahl hatte der Betriebsrat sich heftig gewehrt. Aber der Druck der Kollegen und ein Antrag der Liste „Frischer Wind“ zwangen ihn dann zum Nachgeben. Der Ausspruch eines türkischen Kollegen zeugt davon, wie sehr sich die kämpferische Stimmung und die Einheit in der Belegschaft gegen Bosse und Bonzen verbessert hat: „So etwas habe ich noch nie erlebt, wie deutsche und türkische Kollegen zusammenhalten, daß keiner ausschert. Das ist einfach toll!“ Diese Einheit verkörpert sich auch in der Liste „Frischer Wind“. Deutsche und türkische Kollegen kandidieren gemeinsam mit einem klassenkämpferischen Programm.

Die Empörung über die Mißstände, z. B. über ständige Versuche der Geschäftsleitung, die Akkorde zu verschärfen, ist schon seit langem angewachsen. Wandte man sich an den Betriebsrat, so kam in den seltensten Fällen etwas dabei heraus. Der verhaßte Oberkalkulator Wichmann ist im übrigen selbst Betriebsratsmitglied. Da haben sich dann deutsche und türkische Kollegen zusammengesetzt und beschlossen, auf einer oppositionellen Liste zu kandidieren.

Fünf Kollegen waren bereit, auf der Liste „Frischer Wind“ zu kandidieren. Die 50 notwendigen Unterschriften waren im Handumdrehen gesammelt. Jetzt wuchs das Interesse unter der Belegschaft für die Liste „Frischer Wind“ sprunghaft an. weitere Kollegen meldeten sich, die bereit waren, zu kandidieren. Die oppositionelle Gruppe entschied, daß zwei von ihnen nachträglich noch auf die Liste genommen werden. So wuchs die Liste auf sieben Mann an. Zwar mußten jetzt die Unterschriften wieder neu gesammelt werden, aber das geschah in Windeseile. Mit 87 Unterschriften wurde die Liste zwei Tage nach Erscheinen des Wahlaushangs eingereicht.

Am gleichen Tag ließ der IGM-Apparat schon ein Hetzschreiben los. Es schlug ein wie eine Bombe. Aber nicht in die Richtung, wie die Bonzen erwartet hatten. Immer mehr Kollegen kamen, um nun gerade die Liste „Frischer Wind“ zu unterschreiben. In dem Hetzblatt hieß es, „kommunistische Gruppierungen und die RGO würden hinter der Liste stecken“. Außerdem wurde herausgestrichen, daß Listenführer Peter Vollmer „wegen seiner Zugehörigkeit zur KPD/ML aus der IG Metall ausgeschlossen“ worden war. Die meisten Kollegen meinten dazu: „Ob der Listenführer nun Kommunist ist oder nicht, das spielt doch keine Rolle.“ Andere dachten: „Der Listenführer ist wohl gerade deshalb so konsequent, standhaft und zielbewußt, weil er Kommunist ist. Der läßt sich nicht unterkriegen.“

Nun begann der Terror der Bonzen erst richtig. Kollegen wurden zum Betriebsrat zitiert: Sie sollten ihre Unterschrift zurückziehen, andernfalls werfe man sie aus der Gewerkschaft. Aber kein einziger fiel um! Der Belegschaft wird mit Akkordverschärfung gedroht. Aber die Front der Kollegen wurde noch fester. Der IGM-Apparat schlägt dem Betriebsrat vor, bei der Geschäftsleitung die Entlassung des Listenführers zu veranlassen. Aus Angst vor der Empörung der Kollegen trauten sich die alten Betriebsräte das jedoch nicht. Schließlich kam der Wahlausschuß mit folgendem faulen Trick: „Die Liste besteht aus mehreren Blättern und ist demnach keine Urkunde“. Er erklärte die Liste für ungültig. Zum dritten Mal müssen die Kandidaten Unterschriften sammeln. Innerhalb von 3 Tagen sind über 100 zusammen. Schließlich muß der Wahlausschuß durch eine einstweilige Verfügung, die beim Arbeitsgericht beantragt wurde, zur Anerkennung der Liste gezwungen werden. Jetzt steht die Liste endgültig, und sie erhält bei der Auslosung die Listennummer 1.

Dem Listenführer wird nun von der Werksleitung verboten, während der Arbeitszeit für die Wahl aktiv zu werden. Aber kann er seine Maschine nicht mehr verlassen, so kommen die Kollegen nun eben zu ihm. Es entwickelt sich ein nahezu perfektes Informationssystem. Alle Vorkommnisse melden die Kollegen sofort dem Kandidaten ihrer Liste. Und viele Kollegen treten schon jetzt mit ihren Problemen an die Kandidaten heran, ganz so, als wären diese bereits als Betriebsräte gewählt. Da weht nun wirklich ein frischer Wind durch die Hallen. Oder soll man sagen, schon mehr ein Sturm? Ein Sturm, der am 18. Mai — Wahltag ist Zahltag — die „Altgedienten“ zumindest zum Teil hinwegfegen wird.

Hoesch/Union: Empörung über Dieterich und Co.

„Jetzt erst recht — Liste RGO!“

Werner Dieterich, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Dortmund, hatte die Auflösung des neugewählten Betriebsrats auf Hoesch/Union, in den zwei RGO-Vertreter eingezogen waren, durchgepeitscht. Sollte er gehofft haben, nun würde sich Resignation unter der klassenbewußten Hoescharbeitern ausbreiten, so hat er sich geschnitten.

„Jetzt erst recht — jetzt müssen noch mehr RGO-Kandidaten rein!“ — das war die Reaktion vieler Kollegen auf die Nachricht von der Auflösung des Betriebsrats. Und die meisten Kollegen auf der Hütte sind empört über das skrupellose Vorgehen des IGM-Apparats. „Was müssen die für Dreck am Stecken haben, daß sie vor zwei Betriebsräten solche Angst haben“. So sehen es viele Kollegen, auch solche, die nicht Liste RGO gewählt haben.

Was die Stahlkocher, Walzer, Sinterleute usw. besonders empört, ist die ungeheuerliche Arroganz von Dieterich und Co. gegenüber den Arbeitern. Dieterich hatte sich sogar erdreistet, in der Zeitung zu erklären, das Wahlergebnis könne auf keinen Fall als Protest gegen den IGM-Apparat gewertet werden: „Nach der Mentalität der Kollegen auf Union trifft das niemals zu. Die Männer und Frauen werden bei diesem Ergebnis auch einen Schock bekommen haben“. Dieses unverschämte Auftreten und die Art, den Willen der Arbeiter mit Füßen zu treten, kommentierten viele Kollegen mit Worten wie diesen: *„Sie behandeln uns wie kleine Kinder“ — „Die Methoden haben sie von drüben abgeguckt — Honecker-Methoden“ — „Von wegen Demokratie — wie in einer Diktatur“.*

Nach dem Erfolg der Extremisten trat Betriebsrat eines Hoesch-Werkes zurück

PETER WEIGERT, Bochum

Nur drei Tage nach seiner ersten Sitzung trat der neu gewählte Betriebsrat ...

Betriebsratswahlen bei Hoesch ... „Revolutionäre“ gegen IG Me...

Schock: RGO zieht in den Betriebsrat von Union ein

„Hoesch Tecna“ freut sich über ...

Von Karl-Helmut Wolf...

Am Tag nach der Auflösung des Betriebsrats verteilte die RGO ein Flugblatt. Darin wird unter anderem angekündigt, daß die RGO erneut eine Liste aufstellen will, diesmal mit mehr als 2 Kandidaten. Geichzeitig wurde ein Aufkleber verteilt, auf dem es heißt: **„Jetzt erst recht! — Liste RGO!“** Flugblattverteiler berichten uns, daß die Stimmung unter den Kollegen noch mehr für die RGO ist als vor der ersten Wahl. „Fast jeder Kollege nahm Flugblatt und Aufkleber. Einige ließen sich von den Aufklebern gleich einen ganzen Stapel geben.

Inzwischen haben wir schon weit über Tausend Aufkleber an die Kollegen verteilt. Immer wieder bleiben Kollegen stehen und sprechen uns an: *‚Stellt die RGO wieder eine Liste auf? Laßt euch nicht unterkriegen, macht weiter!‘* Als wir zwei Tage später wieder vor dem Tor standen, sagte ein Kollege strahlend: *‚Heute auf Nachtschicht haben wir einen ganzen Stapel von Aufklebern verklebt.‘* Der Kollege ließ sich noch mal einen Stapel aushängigen. Er sagte: *‚Den Hartmut Siemon, den kenn ich. Der Junge ist schwer in Ordnung. Ist das eine Schweinerei, was die IG Metall da abzieht. Aber diesmal kriegt ihr noch mehr Stimmen als beim letzten Mal. Stellt so viele Kandidaten auf, wie möglich!‘“*

Tarifverhandlungen bei Versicherungen gescheitert

In Hamburg wurden die Tarifverhandlungen vom Verband der Versicherungsunternehmer für gescheitert erklärt, nachdem die Große Tarifkommission der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) ein Unternehmerangebot von 4,3 Prozent abgelehnt hatte. Statt Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten, haben sich die DAG-Bosse jetzt trotzdem bereit erklärt, vor dem Zusammentritt der Schlichtungsstelle mit den Kapitalistenvertretern noch einmal direkt zu verhandeln. Viele kleine Angestellte im Versicherungsgewerbe haben ein sehr geringes Einkommen, das unter dem Durchschnitt der Arbeiter und kleinen Angestellten liegt.

Erdölwerke Frisia in Emden: Streik gegen Entlassungen

Vor kurzem kam es bei den Erdölwerken Frisia in Emden zu einem Streik und einer Protestversammlung. Die Kollegen kämpfen gegen die Entlassung von 141 Beschäftigten und dagegen, daß die entlassenen Kollegen, auch wenn sie schon 15 Jahre und länger im Werk beschäftigt sind, mit Sozialplänen auf die Straße gesetzt werden, die diesen Namen nicht im geringsten verdienen.

Arbeitermord

In einer Nürnberger Papierfabrik mußten zwei Arbeiter wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sterben. Trotz Schutzmaske brach ein 35jähriger Kollege beim Reinigen eines Kessels mit einem chemischen Reinigungsmittel zusammen. Man hatte ihn allein in den Kessel geschickt. Als er von Kollegen entdeckt wurde, war er bereits tot. Einer der drei Helfer, die zur Bergung in den Kessel gestiegen waren, ein 52jähriger Kollege, klagte kurz darauf über Übelkeit und Herzbeschwerden. Er starb wenig später in einem Krankenhaus.

* * *

In einer Chemiefabrik in Burghausen starb ein 38jähriger Kollege durch einen Betriebsunfall. Er war im Ofenhaus mit dem Umfüllen von Kupferpulver beschäftigt, als sich plötzlich eine Explosion ereignete.

* * *

Im Naphthol-Betrieb der Hoechst AG in Frankfurt sind am Mittwoch vergangener Woche Schwefeldioxiddämpfe ausgetreten. Wie es heißt, „wegen einer technischen Störung“. Diese giftigen Dämpfe verbreiteten sich auch außerhalb des Werksgeländes. Auf einer angrenzenden Straße wurde zur fraglichen Zeit ein Mann in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Er mußte mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Innerhalb des Werkes wurden drei Personen wegen Atembeschwerden zum Betriebsarzt gebracht.

Schornsteinfeger im Streik

In Hamburg stehen 150 Schornsteinfeger im Streik. Es geht um die Erhöhung der Löhne. Die Kapitalisten beharren auf dem unverfrorenen „Angebot“ von drei Prozent. Die Gewerkschaftsbonzen haben eine Forderung von nur sechs Prozent aufgestellt.

Katastrophaler Lehrstellenmangel

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind bei den Arbeitsämtern bis zum 31. März dieses Jahres insgesamt nur 304.600 Lehrstellen zur Besetzung gemeldet worden. Dagegen hatten sich von Oktober vergangenen Jahres bis zum März bereits 358.000 Jugendliche an das Arbeitsamt um eine Lehrstelle gewandt. Die Bundesregierung geht jedoch in ihrem Bildungsbericht davon aus, daß sich in diesem Jahr insgesamt 630.000 Jugendliche um eine Lehrstelle bewerben wollen. Das ist mehr als doppelt so viel, als bisher Lehrstellen beim Arbeitsamt gemeldet sind. Trotzdem lügen die Unternehmer in bodenloser Unverfrorenheit, es seien mehr Lehrstellen als Bewerber angeboten. Und wie zum Hohn druckt die bürgerliche Presse diese Lügen immer wieder kommentarlos ab.

IGM-Apparat gegenüber Massenentlassungen „aufgeschlossen“

Im „Handelsblatt“ vom 2. Mai wird gemeldet, daß seit Ende 1974, also in rund drei Jahren, bei den Saarhütten die Belegschaftszahlen um insgesamt 7.000 Beschäftigte zurückgegangen sind. Gegen diesen ungeheuerlichen Feldzug der Kapitalisten gegen die Arbeitsplätze hat der IGM-Apparat nichts getan. Im Gegenteil. Der Widerstand der Stahlarbeiter wurde abgewiegelt. Zynisch heißt es im „Handelsblatt“: Wilhelm Winkler, ein Vertreter der Saarhütten, habe erklärt, „im Hinblick auf eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung von nur 60 Prozent hatten sich Betriebsräte und Gewerkschaften dem Personalabbau nicht verschlossen“.

„RGO-Nachrichten“ Nr. 2 erschienen



In der letzten Woche erschien die Nr. 2 der „RGO-Nachrichten“. Die Zeitung enthält unter anderem Berichte über den 1. Mai, die Betriebsratswahlen, die Tarifrunden. In der RGO-Serie „Die Bonzen“ ist diesmal Loderer dran. Die „RGO-Nachrichten“ kosten ab dieser Ausgabe 0,30 DM.

„Ermittlungsdienst“ der Opel-Bosse

Die Opel-Bosse haben im Rahmen des Werkschutzes einen innerbetrieblichen Ermittlungsdienst aufgebaut, der, wie es heißt, „unter anderem Diebstahl von Material aufklären soll“. „Unter anderem“ — welche Aufgaben hat er dann zusätzlich oder möglicherweise hauptsächlich? Er soll die Arbeiter bespitzeln, soll die schwarzen Listen des Personalbüros vervollständigen, soll „Aufwiegler“ und „Linksradikale“ ausfindig machen. Die reaktionäre Betriebsratsmehrheit mit dem Betriebsratsvorsitzenden Heller an der Spitze, fordert jedoch nicht etwa die sofortige Abschaffung dieses Betriebsverfassungsschutzes. Nein — sie fordern, daß der Betriebsrat bei den Ermittlungsverfahren „mitbestimmen“ darf. Da bekannt ist, daß diese Sorte von Betriebsräten oft selbst die Bosse zur Entlassung kämpferischer und revolutionärer Kollegen drängen (dafür könnten zahlreiche Beispiele genannt werden), kann man sich denken, worum es Heller und Konsorten mit dieser Mitbestimmungsforderung geht.

„Brigitte"-Aktion zu den Problemen der Frau

Kanzler Schmidt kanzelt die Frauen ab

Kürzlich startete die Frauenzeitschrift „Brigitte" eine Aktion „Schreiben Sie an den Bundeskanzler". Fast 2.000 Frauen beteiligten sich. Einige dieser Briefe druckte „Brigitte" ab. Überflüssig zu erwähnen, daß keine einzige Frau zufrieden war. Alle beschwerten sich. Über die Frauenarbeitslosigkeit, über zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder von berufstätigen Frauen, über das zu niedrige Kindergeld. Sie forderten verbesserten Mutterschaftsschutz, mehr Teilzeitstellen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit usw. usf. Kanzler Schmidt antwortete. Dabei machte er seinem Namen als Kanzler alle Ehre. Er kanzelte die Frauen ab! Und das nach Strich und Faden. Hier einige Kostproben.

Zunächst gibt Schmidt selbst zu, daß für die Frauen in der Bundesrepublik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein ungelöstes Problem ist. Und sein Lösungsvorschlag? Die Mütter sollen zu Hause bleiben! Schmidt: „Es ist aber nicht unser Ziel, allen Frauen Erwerbstätigkeit nahezulegen. Es verdient ebenso Anerkennung, wenn eine Frau freiwillig und gern für die Kinder und für die Familie in ihrem Haushalt arbeitet." Goldene Worte, fürwahr! Bloß: Wo ist das Geschäft, das uns nicht nur für unser verdientes Geld, sondern auch für unsere verdiente Anerkennung was verkauft?

Dann geht Schmidt auf einzelne Probleme und Forderungen ein. Fünf Tage Freizeit, wenn die Kinder krank sind und dann auch nur für Kinder bis zu sieben Jahren, sind zu wenig, meinte eine Frau. Der Kanzler kann das nicht finden. Seine Antwort: „Es ist schon ein großer Fortschritt, daß Mütter und Väter heute fünf Tage zu Hause bleiben können, wenn ein Kind krank wird." Eine Verbesserung dieser Regelung? Schmidt: „Ich kann da gegenwärtig keine Hoffnungen machen, denn natürlich kostet das Geld." (!)

Eine andere Frau hatte eine bessere Betreuung der Kinder berufstätiger Frauen verlangt. Die Forderung der werktätigen Frauen hier ist vor allem: „Mehr, bessere und billigere Kinderkrippen und -gärten!" Aber dieses Problem übergeht Schmidt mit Schweigen (denn auch das kostet natürlich Geld!). Ganz begeistert ist er dagegen von den „Tagesmüttern", denn sie kosten ja nur die werktätigen Frauen selbst Geld, nicht aber den Staat! Schmidt: „Das Modell ‚Tagesmütter' hat Eltern eine wirkliche Erleichterung verschafft. Ich wünsche Müttern und Kindern, die auf diese Einrichtung zurückgreifen, daß die Idee von den Trägern fortgeführt wird, wenn die Förderung durch die Bundesregierung in diesem Jahr ausläuft (!). Auf ähnliche Weise können Frauen aber einander auch selbst Hilfe geben — in eigener, nachbarschaftlicher Initiative."

Auf deutsch: Die Frauen sollen selber sehen, wie sie mit dem Kinderproblem fertig werden! Das ist, nach des Kanzlers eigenen Worten, die „Fürsorge", die dieser „freiheitlich-demokratische" Staat Mutter und Kind zu bieten hat.

Aber es kommt noch besser. Auf die Forderung nach einem besseren Mutterschaftsschutz antwortet Schmidt: Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs? „Wir könnten uns eines Tages einer Entwicklung gegenübersehen, daß Betriebe immer weniger junge Frauen beschäftigen, weil ihnen dadurch zusätzliche Lasten aufgebürdet werden." Das ist eine offene Drohung an die werktätigen Frauen! Entweder ihr verzichtet auf eure Forderungen nach besserem Mutterschaftsschutz, oder ihr fliegt auf die Straße!

Schmidts Stellungnahme zu der alten Forderung der werktätigen Frauen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit aber setzt allem die Krone auf. Schmidt: „Dies ist gesetzlich geregelt. Seit fast 30 Jahren steht in unserem Grundgesetz, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Ich weiß aber, daß es in der Praxis Versuche gibt, das zu unterlaufen..." Geht es noch zynischer? Da ist der Durchschnittslohn der Frauen 31 Prozent niedriger als der der Männer, und Schmidt spricht von „Versuchen", die Frauen in Lohnfragen wegen ihres Geschlechts zu benachteiligen!

Am Schluß seiner Antwort auf die Briefe von fast 2.000 Frauen verspricht der Kanzler: „Die Bundesregierung — das darf ich den Frauen versichern — setzt ihre Bemühungen unvermindert fort, auch wenn sie kurzfristig keinesfalls alle Erwartungen erfüllen kann." Dieses „Versprechen" ist nichts als blauer Dunst! Das gibt Schmidt indirekt auch selbst zu. Denn sein nächster Satz — und gleichzeitig sein abschließender Ratschlag an die Frauen — heißt: „Versuchen Sie, Ihre Probleme in Selbsthilfe zu lösen, noch mehr in Selbsthilfe zu lösen, wo nötig, in Gemeinschaft mit anderen." Was ist dieser zynische „Ratschlag" anderes als eine Bankrotterklärung dieses „Sozialstaates" gegenüber den Problemen der werktätigen Frauen?

Darum bleibt den werktätigen Frauen tatsächlich nichts anderes übrig als ihre Probleme in „Selbsthilfe" zu lösen. Das tun sie heute bereits. Und das werden sie in Zukunft verstärkt tun. Aber anders, als Kanzler Schmidt es sich vorstellt! Nämlich im gemeinsamen, entschlossenen Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Kapitalisten und gegen diesen Bonner Staat!

Übrigens. Inzwischen hat sich in Bonn tatsächlich etwas zur Lösung der Frauenprobleme getan. Es wurde an die bisherige Ministerin für Familie, Gesundheit und Jugend der zusätzliche Titel „Frauenbeauftragte" verliehen!



Den Muttertag, der am zweiten Sonntag im Mai begangen wird, gibt es seit 1934. Die Hitler-Faschisten schufen ihn — gegen den Internationalen Frauentag am 8. März.

In Wirklichkeit waren die Frauen noch nie so ausgebeutet und unterdrückt wie in der Zeit des Hitler-Faschismus. „Doppelverdienerinnen raus aus den Betrieben", hieß es auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wurden die Frauen zwangsverpflichtet — für die Kriegsproduktion. Tausende Frauen wurden in die KZs geworfen. Es gab extra ein Frauen-KZ, in dem allein ca. 50.000 Frauen eingekerkert waren. Unter dem faschistischen Blutregime wurde zum ersten Mal eine junge Mutter wegen ihrer antifaschistischen Gesinnung zum Tode verurteilt: Lilo Herrmann, die 1938 ermordet wurde. Millionen Frauen bezahlten den imperialistischen Raubkrieg mit ihrem Leben oder mit dem Leben ihrer Männer und Söhne.

Der Feiertag von allen Frauen der Welt

Der 8. März ist der Internationale Frauentag. Er wird in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien als Feiertag begangen. Die folgende Erzählung schildert, wie eine albanische Familie — der Vater, der sechsjährige Sohn Arben und die vierjährige Tochter Elida — die Feier an diesem Tag vorbereiten.

„Weißt du, welches Datum morgen ist, Arben?" — „Ja, Papi. Morgen ist der 8." — „Kannst du mir zeigen, wo er auf dem Kalender steht?" Arben zeigte mit dem Finger auf die 8 und bemerkte, daß dieses Datum, anders als die anderen, mit rot eingetragen war. „Aber warum ist hier der 8. mit rot hervorgehoben?" fragte er. „Das ist der Feiertag von Mami und von allen Frauen der Welt, Arben. Die Frauen unseres Landes feiern diesen Tag mit Freude. Im Kalender werden die Sonntage und die Feiertage immer mit roter Farbe hervorgehoben."

„Aber warum feiern wir nicht den 8. März?" fragte Elida, die sehr viel für Feiertage übrig hatte. „Wir werden ihn auch feiern", setzte ich hinzu und dachte darüber nach, was man dazu tun konnte. „Oder nicht, Arben?" — „Das meine ich auch. Wir müssen uns auf den Feiertag vorbereiten." — „Was sollen wir machen?" wandte sich Elida an ihn, bereit, jede Arbeit zu beginnen, die man ihr auftragen würde. „Räumen wir doch das Haus auf." Arben erhob sich. „An Feiertagen schmückt man die Stadt. Schmükken wir doch auch das Haus." So schnell, wie man die Augen auf- und zumacht, räumten sie die Sachen vom Tisch und verstauten sie an ihrem Platz. Auf den Tisch packten die Kinder nun andere Dinge: Schere, Farbstifte, Bänder, Stäbe, Leim und anderes. Die Initiative ergriff Arben.

„Papi, du zeichnest Fähnchen, Elida wird sie mit der Schere ausschneiden, und ich male sie mit Aquarell bunt." — „Warum willst du dich umsonst abmühen, Arben?" sagte Elida. „Die Fähnchen werden wir aus Buntpapier machen. Du such dir lieber irgendeine andere Arbeit." Wir beschlossen, daß Arben die Fähnchen mit Leim an Stäbe kleben sollte. In kurzer Zeit hatten wir einige Fähnchen fertig gemacht, hatten das Zimmer damit geschmückt und hatten einen Haufen Zeitschriften mit Fotografien von der Partei und dem Genossen Enver, von den Frauen unseres Landes, die eine Auszeichnung erhalten hatten, herausgeholt. Wir wollten Bilder ausschneiden und ein Album machen.

Nachdem Arben mit dem Album fertig war, begann er die Buchstaben auszuschneiden, die ich gezeichnet hatte, und danach klebten wir sie zusammen auf den Deckel des Albums. Wir beschlossen, das Album dem Kindergarten zu schenken.

„Wir haben das Zimmer geschmückt", sagte ich dann den Kindern, „aber wir haben es auch in Unordnung gebracht. In dieser Unordnung können wir das Fest nicht richtig feiern. Jetzt müssen wir aufräumen." Ich merkte, daß sie mir diesmal mit größerer Aufmerksamkeit zuhörten als andere Male, und daß sie bereit waren, selbst aufzuräumen, was vorher nicht passiert war, obwohl ich ihnen zu sagen pflegte, daß die Mami müde wird, und wir ihr nicht die ganze Hausarbeit überlassen dürfen. Wir räumten die Sachen wieder ein, machten den Fußboden sauber und schüttelten den Teppich aus. Als wir mit dieser Arbeit fertig waren, sagte Arben: „Papi, ich habe solchen Hunger." — „Ich auch", sagte Elida. „Ja", fing ich an, „es ist Zeit zum Essen. Sollen wir aber nicht auf die Mami warten? Sie muß jetzt kommen. Wir sollten zusammen feiern." — „Wir werden auf sie warten!" sagten beide Kinder gleichzeitig. Danach fuhr Arben fort: „Wenn Mami kommt, soll sie alles fertig finden. Kommt, wir decken den Tisch."

> **„Unsere Partei hat den großen Kampf für die Emanzipation der Frau immer als unlöslichen Bestandteil der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus betrachtet, als unerläßliche Bedingung für die Entwicklung und das Voranschreiten zu wahrer Freiheit und Demokratie und wird das auch weiter tun."**
> **Enver Hoxha**

Elida war wie immer bereit. Auch ich stand auf. Wir holten die Messer, die Gabeln, die Löffel, die Servietten usw. heraus. Da Elida nicht zählen konnte und womöglich mehr Gabeln und Löffel als nötig hinlegen würde, empfahl ich ihr, laut zu sagen: „Eine Gabel für den Papi, eine für die Mami..." usw. Nachdem sie mit den Gabeln fertig war, machte sie es so auch mit den Löffeln und den Messern. Die restlichen legte sie ins Büfett zurück. Arben stellte die Teller hin, aber er ereiferte sich, als er bemerkte, daß Elida bei dem Versuch, so viel Gabeln, Messer und Löffel wie notwendig waren, hinzulegen, vergessen hatte, sie an den richtigen Platz zu legen. Aber Elida sah ihren Fehler schnell ein und legte die Löffel jeweils rechts vom Teller. Jetzt war alles fertig. Die Kinder konnten es nicht erwarten, der Mami von der Arbeit zu erzählen, die sie gemacht hatten, und von der Freude, die sie empfunden hatten.

Auch meine Frau freute sich, als sie die festliche Ausschmückung des Zimmers sah. Ihr schien es, als hätte sie eine frohere, wärmere Atmosphäre vorgefunden, als hätten auch wir uns verändert.

Der Abend verlief ruhig, glücklich und, was die meiste Bedeutung hat, er hinterließ lebendige Eindrücke bei den Kindern. Sie werden jetzt sicherlich diesen besonderen Tag nicht vergessen.

(Aus: „Albanische Hefte" 1/78, gekürzt.)

...weil Muttertag ist

Es begann schon am Freitag. Zu Schichtbeginn grüßte uns der Meister mit einem überdimensionalen Lächeln. Fast hätte er uns die Hand geschüttelt. Wir trugen es mit Fassung. Noch. Als er dann aber eine Kollegin, der es nicht gut ging, nach Hause schickte und sich selbst an ihren Arbeitsplatz setzte („Damit Sie keinen Lohnverlust erleiden"), fingen die ersten an, sich gegenseitig in den Arm zu kneifen.

Dann kam die Betriebsversammlung. „Weil Muttertag ist...", begann der Chef, und dann kam es Schlag auf Schlag: „...hat die Geschäftsleitung beschlossen, daß ab sofort die Schwangerschafts- und Mutterschaftsbestimmungen strikt eingehalten werden. Meister Müller, in dessen Abteilung im letzten Monat drei Fehlgeburten vorkamen, wird entlassen. Fristlos selbstverständlich. Noch im Mai wird der Betriebskindergarten unserer Firma eröffnet. Daß der Besuch kostenlos ist, versteht sich von selbst. Natürlich wird die Firma Ihnen ab sofort auch gerne freigeben, wenn Ihre Kinder krank sind — ohne Formalitäten und für Kinder bis zu 14 Jahren. Das gebietet uns allein schon unser Verantwortungsgefühl für die Kinder. Und wenn Sie zu Vorsorgeuntersuchungen müssen, dann melden Sie sich einfach beim Meister ab, und...und..."

Als wir schließlich aus dem Betrieb gingen — selbstverständlich nicht, ohne eine neue Arbeitsordnung erhalten zu haben, in der die Senkung der Akkordsätze und mehr Pausen, bessere Gesundheitsversorgung usw. festgehalten war — standen vor dem Tor einige stadtbekannte Politiker. Sie verteilten Flugblätter. „Weil Muttertag ist..." Verkündet wurden Gesetze und Beschlüsse von Bundestag, Landtag und Stadtrat: „1. Das staatliche Kindergeld wird erhöht. Begründung: Kein Kind kann von 50 bzw. 80 DM im Monat ernährt und gekleidet werden. 2. Es werden so viele Kinderkrippen und Kindergärten gebaut, daß jedes Kind einen Platz bekommen kann. Die Öffnungszeiten werden geändert. Nulltarif wird eingeführt. 3. Es wird dafür gesorgt, daß mehr Ärzte zugelassen werden, mehr Krankenhäuser mit mehr Personal zur Verfügung stehen. Die ärztliche Versorgung und insbesondere die Vorsorge ist kostenlos. Begründung: Es ist ein Skandal, daß in unserem reichen Land die Kindersterblichkeit mit 2,5 Prozent mit zur höchsten in der Welt gehört. Das muß geändert werden. Koste es, was es wolle. 4. Alle Lehrer sind sofort einzustellen. Berufsverbote werden verboten... 5. ... 6. ..."

Als wir — nur mühsam den Sinn dieser ungewöhnlichen Flugblätter begreifend — die Straße hinuntergingen, fielen uns bereits die Menschenaufläufe vor den Geschäften auf. „Weil Muttertag ist..." Handgemalte Schilder waren es, die die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich zogen. Vor allem vor den Geschäften für Kinderkleidung und Spielsachen. „Weil Muttertag ist, senken wir Geschäftsleute die Preise für Kinderkleidung", stand dort. Aber das war noch nicht alles. In den Schaufenstern für Kinderspielzeug klafften große Lücken. Das Kriegsspielzeug war verschwunden. Das verbliebene gute Spielzeug war mit schwindelerregend niedrigen Preisen ausgezeichnet. „An unseren Kleinen wollen wir keinen Profit machen", hatte jemand auf ein darüberhängendes Transparent gemalt. Auf die gleiche Idee waren auch die Besitzer der Selbstbedienungsläden gekommen. Frauen, die aus den Geschäften herauskamen, berichteten, daß die Süßigkeitenauslagen nicht mehr in Armhöhe von zwei- bis dreijährigen Kindern angebracht und sogar die Süßigkeitenkörbe vor den Kassen verschwunden seien.

Halb betäubt und voller Reue über mein bisheriges Mißtrauen, ja meine Verachtung über die Frauen- und Kinderfeindlichkeit dieses Staates wankte ich nach Hause. Wie hatte ich nur glauben können, daß in dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Gleichberechtigung und die Fürsorge für die Mütter immer nur auf dem Papier stehen würde...

Inmitten dieser tiefsinnigen Gedanken ließ mich ein schauerliches, schrilles Geräusch zusammenzucken...Fast wäre ich aus dem Bett gefallen... Und aus meinem Radiowecker erschallte die ölige Stimme der Morgenandacht. Sonntag. Muttertag. „Weil Muttertag ist, danken wir allen deutschen Müttern für ihren aufopferungsvollen Dienst für die Gemeinschaft. Mögen sie auch in diesen unruhigen Zeiten daran denken, daß Gott der Herr selbst ihnen ihren Platz gewiesen hat — in der Kirche, in der Küche und an der Seite ihrer Kinder..."

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

Hamburg 9 Antifaschisten seit Montag vor Gericht

Seit Montag stehen sie in Hamburg vor den Schranken der Klassenjustiz: neun Antifaschisten, die im Sommer 1976 mutig einem internationalen Aufmarsch der Nazis entgegengetreten sind. Und warum? Weil in diesem Staat nicht der Terror der faschistischen Banden ein Verbrechen ist, sondern der Kampf gegen diesen Terror. So wie damals im Sommer 1976 die Polizeikommandos sich schützend vor die Nazis stellten, um auf die Antifaschisten einzuprügeln, so soll jetzt die Klassenjustiz das schmutzige Werk vollenden.

Sie hatten gedacht, daß sie diesen Terrorprozeß mit seinen vielen Polizeizeugen in der Stille ihrer Gerichtssäle durchziehen könnten. Aber sie haben sich verrechnet.

Die angeklagten Antifaschisten sind, unterstützt von der Partei, in die Offensive gegangen. In ihren Betrieben, in ihren Wohnvierteln, Kasernen, Schulen haben sie die Werktätigen informiert über den Prozeß, haben sie zur Solidarität, zur Unterstützung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus aufgerufen. Hier einige Beispiele:

• **In Bremen verteilt der angeklagte Antifaschist Uwe Ruß eine persönliche Erklärung in der Nachbarschaft. Eine Frau holt sich mehrere Exemplare dieser Erklärung und eines Flugblatts der Front gegen Reaktion und Faschismus, um sie in ihrem Bekanntenkreis zu verbreiten.** Eine andere Frau verteilt die Flugblätter in dem Imbiß, den sie betreibt. Ein Arzt spendet 500 DM. Auf einer Veranstaltung fortschrittlicher Rechtsanwälte in Bremen gegen das neue Polizeirecht verabschieden die 300 Besucher eine Solidaritätsresolution mit den Antifaschisten. **Insgesamt werden in Bremen 3.200 DM für die Prozeßunterstützung gesammelt.**

• **Bezeichnend ist ein anderer Vorfall in der Hansestadt.** Vor einem Maizelt der DKP werden Genossen, die den Aufruf der Front gegen Reaktion und Faschismus verteilen, von einer 50köpfigen Schlägertruppe eingekreist. Es zeigt sich, wer auf der Seite der Antifaschisten steht und wer mit den Organen des Bonner Staates und seinen faschistischen Banden paktiert.

• **Ein anderer der angeklagten Antifaschisten ist zur Zeit beim Bund.** In seiner Kompanie herrscht Empörung über den Prozeß und Solidarität mit dem Genossen. **Eine ganze Ausbildungsgruppe seines Zuges unterschreibt geschlossen die Solidaritätsresolution.**

• **In Hamburg hat der Antifaschist Wolfgang Allers in seiner Berufsschulklasse agitiert. Und die ganze Klasse unterzeichnet geschlossen eine Resolution gegen den Prozeß.** Und nicht nur die Mitschüler, auch einige Lehrer geben ihre Unterschrift. Einer von ihnen will mit der Klasse den Prozeß besuchen. Auf der Stelle kommt das Verbot der Schulleitung. Aber damit ist für viele Schüler die Sache nicht gegessen. Im Gegenteil. Jetzt gerade, das ist die Reaktion vieler auf dieses Verbot.

• Ein anderes Beispiel. Auf der DGB-Mai-Demonstration verteilen Genossen der Partei erfolgreich die Flugblätter gegen den Antifaschistenprozeß. Ein Genosse hat drei Unterschriftenlisten dabei. Sie werden ihm förmlich aus der Hand gerissen, durch die Reihen gegeben und sind sofort bedeckt mit Unterschriften. **Eine positive Reaktion auch auf das erste Flugblatt der Front gegen Reaktion und Faschismus, die sich im Kampf gegen den Antifaschistenprozeß herausbildet. Eine Gruppe der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe meldet sich zur Mitarbeit bei der Kontaktadresse. Ebenso verschiedene einzelne Personen.**

• **In Hamburg können einige der angeklagten Antifaschisten auf Veranstaltungen der Schülerkammer während einer antifaschistischen Woche sprechen. In Buxtehude führt die Rote Hilfe Deutschlands eine Veranstaltung zum Prozeß durch, die von 40 Menschen besucht wird. 125 DM werden gesammelt. So sah es vor dem Prozeß in den Heimatorten der Angeklagten aus.**

Die Beispiele zeigen: Es sind die Antifaschisten, auf deren Seite die tiefe Sympathie und die Unterstützung der Werktätigen ist. Sie empören sich zunehmend über die faschistischen Provokationen und den immer offeneren Terror des Bonner Staates. Und mancher von ihnen ist schon zu einer aktiven Unterstützungsarbeit bereit. Tagtäglich werden diese Menschen von der Reaktion selbst in ihrer Haltung bestärkt.

Nehmen wir nur einen einzigen Tag, den 1. Mai, in Hamburg.

Am Vormittag überfallen Greiftrupps der Polizei einen Block auf der DGB-Demonstration. Mit Unterstützung der Mobilen Einsatzkommandos (MEKs) zerschlagen sie diesen Block, treiben sie seine Teilnehmer bis an die Alster und knüppeln sie brutal nieder.

Am Nachmittag stürmen Polizeihorden ein Haus im Sternschanzenviertel, das von völlig unbewaffneten Jugendlichen besetzt ist. Wie die Vandalen schlagen sie Fenster und Türen ein. Dann zerren sie die Jugendlichen auf die Straße, lassen sie vor ihren Knüppeln Spießruten laufen.

In der Nacht überfallen diese Banditen in Uniform eine Frauendemonstration und führen eine Teilnehmerin mit der Pistole an die Schläfe gedrückt ab. Als die anderen Frauen vor die Polizeiwache ziehen und die Freilassung der Verhafteten fordern, werden sie wieder angegriffen, werden Hunde auf sie losgelassen.

Das war ein Tag in Hamburg. Was könnte deutlicher die Notwendigkeit zeigen, eine breite Einheit gegen Reaktion und Faschismus zu bilden? Die Unterstützung für die Angeklagten des Antifaschistenprozesses ist ein wichtiger Schritt dazu.

(Anmerkung: Der Redaktionsschluß lag vor dem ersten Verhandlungstag. Über den Verlauf des Prozesses gegen die neun Antifaschisten in Hamburg und die vier Antifaschisten in Kiel werden wir in den nächsten Ausgaben ausführlich berichten.)

Urteil im Prozeß gegen den „Roten Morgen"

Über 8.000 DM Geldstrafe

Am 2. Mai wurde im Prozeß gegen Gernot Schubert und Karin Wagner das Urteil gesprochen. Es ging um 12 Ausgaben des Roten Morgen, die zwischen dem Herbst 1974 und 1975 erschienen. Die beiden Genossen waren als Redakteure und Verleger angeklagt.

Es war bereits der zweite Prozeß in dieser Sache. In der ersten Instanz waren die beiden Genossen zu 12 Monaten bzw. 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Sie, aber auch der Staatsanwalt, hatten Berufung eingelegt. Er forderte Gefängnisstrafen ohne Bewährung und benutzte den neuen Prozeß dazu, gleich wieder neue Strafverfahren einzuleiten. Das einzig und allein deshalb, weil Genosse Gernot Schubert bei seiner Aussage zur Sache vom Staatsanwalt angeklagte Feststellungen des Roten Morgen beweisen wollte.

Das Gericht verwarf die Berufung der Angeklagten und bestätigte damit erneut, daß es in der Bundesrepublik für die kommunistische Presse keine Pressefreiheit gibt. Andererseits kam es aber auch den Forderungen des Staatsanwalts nicht nach. Ja, es verwandelte sogar die Gefängnisstrafe der ersten Instanz in eine Geldstrafe.

Wenn auch 8.000 DM kein Pappenstiel sind, wenn auch zu erwarten ist, daß die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil vorgehen wird, so freuten sich Angeklagte wie Zuschauer doch, daß zunächst einmal das Gefängnisurteil abgewendet ist. Die Solidarität vieler Freunde des Roten Morgen war nicht nur an diesem letzten Prozeßtag zu spüren gewesen — der Zuschauersaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, noch vor der Urteilsverkündung wurden den Genossen Blumen überreicht. Vor und während des Prozesses wurden vor allem in Bochum und Dortmund Flugblätter verteilt, in beiden Städten fanden Veranstaltungen statt. Eine Solidaritätsresolution erreichte die beiden Genossen unter anderem von allen Freunden und Genossen der Partei, die an einem Wochenende im April den Wahlkampf in Hamburg unterstützten.



Die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner im Gerichtssaal

Thieu-Prozeß

Bonn. Am 3. Mai begann in Bonn vor der ersten großen Strafkammer der Prozeß gegen acht Demonstranten, die am 10. April 1973 bei dem Kampf gegen den Besuch des Faschisten Thieu in der Bundesrepublik teilgenommen hatten. Damals hatten empörte Antiimperialisten unter anderem das Bonner Rathaus besetzt, um gegen die Aggression der US-Imperialisten in Vietnam und gegen den faschistischen Handlanger Thieu zu protestieren. Das Volk von Vietnam hat den US-Aggressoren und seinem Lakaien inzwischen die Lektion erteilt. Es ist ein unverschämter Angriff auf die antiimperialistische Bewegung zur Unterstützung der Völker von Indochina, wenn jetzt, fünf Jahre danach, Demonstranten kriminalisiert werden sollen. Unterstützt die Forderung nach Einstellung aller Thieu-Prozesse! Freiheit für die Angeklagten!

Polizist erschoß Schwiegervater

Krefeld. Mit einem gezielten Schuß aus seiner Dienstpistole erschoß am Wochenende vor dem 1. Mai ein Polizist in Krefeld seinen Schwiegervater. Bei einem Streit hatte der Schwiegervater eine Schreckschußpistole gezogen. Der Polizist hatte darauf sofort den tödlichen Schuß abgegeben. Der zuständige Haftrichter beim Krefelder Landgericht hat es abgelehnt, gegen den Polizisten einen Haftbefehl zu erlassen. Die Angelegenheit wird sicher wie immer bei Todesschüssen von Polizisten behandelt: „vermeintliche Notwehr".

Bayern beschließt das Polizeigesetz

München. Die bayrische Staatsregierung hat jetzt den von der Innenministerkonferenz gebilligten „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" übernommen. Bayern ist damit das dritte Bundesland, das den Todesschuß und die Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren legalisiert.

Die Kollegen gingen mit zum Prozeß

Kassel. Am 24. April stand der Genosse Lennart K. in Kassel vor Gericht. Er hatte auf der Kundgebung der KPD/ML zum Roten Antikriegstag 1977 fotografiert und war von einem Zivilpolizisten, der sich fotografiert fühlte, festgenommen worden. Der Genosse wurde in der Polizeiwache verprügelt, so daß er drei Tage arbeitsunfähig war. Nun wurde er wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" angeklagt. Über 50 Kollegen und Schüler auf der Ausbildungsstätte hatten sich mit Lennart solidarisiert und durch eine Protestresolution den Freispruch gefordert. Am Tage vor dem Prozeß marschierte sogar die gesamte Werkstattbelegschaft zum Meister und verlangte, zum Prozeß zu gehen, was sie auch durchdrücken konnten. So machte die Werkstatt an diesem Tag dicht und fuhr geschlossen zum Amtsgericht. Was die Kollegen dort erlebten, mag vielen die Augen über diesen „Rechtsstaat" geöffnet haben. Die Polizisten verwickelten sich in zahlreiche Widersprüche und stritten natürlich ab, Genossen Lennart geprügelt zu haben. Der Staatsanwalt forderte 960 Mark Geldstrafe, und der Richter sprach diese Strafe als Urteil aus. Die Kollegen, die von morgens 9.30 Uhr bis abends 19.30 Uhr im Gerichtssaal ausgeharrt haben, waren über das Urteil sehr empört. Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!

Kampf gegen NPD-Parteitag

Etwa 250 Antifaschisten demonstrierten am 30. 4. 78 in Friedrichsthal-Bildstock (Saarland) gegen den Landesparteitag der NPD. Die katholischen Pfaffen und der Pfarrgemeinderat von Bildstock hatten ihr Vereinshaus zur Verfügung gestellt. Die DKP und die VVN-Führung versuchten, die Antifaschisten auf Grundgesetz und Verherrlichung der bürgerlichen Demokratie festzulegen. Am abschließenden Aufmarsch der Mehrzahl der Antifaschisten vor dem Tagungssaal der Faschisten — der von starken Polizeikräften geschützt wurde — nahmen sie bezeichnenderweise nicht mehr teil. Die Freunde und Genossen der Partei marschierten unter der Parole „Gegen Reaktion und Faschismus — Verhindert ein neues 33!" mit.

Nazi-Provokationen

Westberlin. Zu einer „Führer-Geburtstagsfeier" lud die Ortsgruppe der NSDAP in Westberlin-Neukölln in ein Lokal ein. Der Versammlungsraum war mit einem Hitler-Bild und schwarz-weiß-roten Fahnen ausgestattet.

Bergen-Belsen. Nazis beschmierten am 8. Mai, dem Tag des Sieges über den Hitler-Faschismus, die Mauern des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen mit Hakenkreuzen, SS-Zeichen und der Parole „Sieg Heil".

Freiburg. Der Regierungspräsident von Freiburg, Hermann Person, hat verteidigt, daß eine Schule in Efringen-Kirchen nach dem Nazi-Propagandisten Hermann Burte benannt ist. Es gelte, behauptete er dreist, den „unumstrittenen Schöpfer wertvoller alemannischer Dichtungen zu ehren".

Aus Hermann Burtes Werk

1910: „Was kann ein Mann, mehr manneswürdig wollen als Menschen mißzubrauchen, sich zum Scherz? Durch Leiber hinzupflügen, wie durch Schollen?"

•

1938: „Schauernd erkenne ich / Leben ist Raub! / Mord hält am Leben. / Schaue Natur an / Fraß oder Fresser, Volk, mußt du sein."

•

1940 (nach einem Fliegerangriff auf England) im „Völkischen Beobachter": Das Wasser fließt, / das Feuer brennt, / die Luft beseelt den Boden, / Sie war von je das Element / des deutschen Gottes Woden / Wer dich vernichten will, der Schuft, / den darfst du lachend morden / Guck-in-die-Luft- Zuck-aus-der-Luft, / Du bist der Herr geworden.

Aschaffenburg. Das Schwurgericht Aschaffenburg hat den ehemaligen SS-Unterscharführer Jens Stefan Olejak aus der Untersuchungshaft entlassen. Olejak war im KZ-Kommandanturstab von Auschwitz. Auf sein Konto gehen mindestens 32 persönliche Morde.



Oldenburg. Kurz vor einer Feier zu Ehren des vor 40 Jahren im KZ ermordeten Schriftstellers Carl von Ossietsky hatten faschistische Kräfte die Aufschrift „Carl-von-Ossietzky-Universität" entfernt. Diesen Namen hatten sich die Studenten der Oldenburger Universität erkämpft. Noch im Oktober 1974 schickte die damalige SPD-Regierung 200 Polizisten, um den Namen entfernen zu lassen. Doch Professoren und Studenten hielten an dem Namen fest. Diese erneute Provokation zeigt deutlich, daß dieser Staat das Wiederaufleben der Faschisten fördert und stärkt.

Staatliche Bespitzelung

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen will im Mai 65.000 Haushalte von Interviewern befragen lassen. Der Fragenkatalog reicht von Angaben zur Person und zur Erwerbstätigkeit bis hin zur Gesundheit und zur Reisehäufigkeit. Gleichzeitig wird auch eine „Wohnungsstichprobe" vorgenommen. Laut Gesetz ist jedes in die Befragung einbezogene Haushaltsmitglied zur Auskunft verpflichtet. Durch diese „Mikrozensus"-Befragung ist es also dem Staatsapparat per Gesetz möglich, Spitzel in Privathäuser eindringen zu lassen, Auskünfte zu erlangen — und ohne Hausdurchsuchungsbefehl und ohne „Gefahr im Verzug" — einen Blick in die Wohnungen x-beliebiger oder auch mißliebiger Personen tun zu können. Kämpfen wir gegen die zunehmende staatliche Bespitzelung!

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Wirklich ein dicker Klopper!

Vor kurzem erzählte mir ein Arbeitskollege im Werk Gaarden folgenden ungeheuerlichen Vorfall:

Vor knapp zwei Jahren saßen er und seine Frau mit dem 3/4 Jahre alten Kind am Tisch. Das Kind angelte sich die Kaffeetasse und verbrühte sich damit seine Hand. Sie wurde in der alten Uni-Kinderklinik kurz behandelt. Man freute sich, daß alles gut abgegangen war. Ein 3/4 Jahr später bekam der Kollege einen Strafbefehl und die Rechnung der Arztkosten von insgesamt 4.000 DM wegen Verletzung der elterlichen Aufsichtspflicht. Seine Rechtsschutzversicherung lehnte einen Einspruch mit der Begründung der mangelnden Aussicht auf Erfolg ab. Bei seinen Nachforschungen fand der Kollege heraus, daß die Ortskrankenkasse Kiel (OKK), die für die Heilkosten aufkommen mußte, von sich aus Anzeige erstattet hatte. Der Kollege mußte zahlen.

Ein Bekannter von mir aus der Uni-Kinderklinik meinte, daß man das unbedingt an die große Glocke hängen müßte, weil es sonst Schule macht, denn man kann fast jedem nachweisen, daß er auf die eine oder andere völlig winkelige Tour an seiner Krankheit mit schuld ist. Natürlich werden wir mit den genauen Unterlagen und nach einer weiteren Überprüfung versuchen, dem Kollegen auch direkt zu helfen.

Jedenfalls, solche „Kostendämpfung" der OKK kann man nicht einfach hinnehmen.

Rot Front!
Ein Genosse von HDW-Kiel

Amtlicher Diebstahl!

Einen unglaublichen Fall von Unterschlagung, der aber wohl für viele Fälle stehen mag, erlebte eine alte Frau aus Düsseldorf-Rath, die uns um Veröffentlichung gebeten hat. Noch zu Lebzeiten ihrer Schwester, die im Altersheim lebte, vermachte diese ihr einen Betrag von 5.000 DM. Dieses Geld wurde auf einem Konto festgelegt und sollte im Falle des Todes an die Schwester ausbezahlt werden. Ein Anwalt verlangte für die entsprechenden Formalitäten 500 DM (10 Prozent).

Als die Schwester starb, wurde ihrer Verwandten zunächst der Todesfall verschwiegen. Nachdem sie es dennoch erfahren hatte, ging sie zur Sparkasse, um das Geld abzuheben. Hier erklärte man ihr plötzlich, das Geld sei schon lange abgeholt und zwar vom Sozialamt. Die alte Frau ist völlig fassungslos über diese freche Unterschlagung. Sie fragt sich auch, wofür der Rechtsanwalt eigentlich sein Geld bekommen hat.

Die beiden Frauen haben es schon immer schwer gehabt im Leben. Die Schwester war deshalb stolz gewesen, ihrer Schwester das gesparte Geld vermachen zu können, damit sie es einmal besser hätte im Leben. Aber das Sozialamt im Verein mit dem Rechtsanwalt sorgte dafür, daß auch daraus nichts wurde. Die alte Frau fragt nun verzweifelt: Kann man denn ungestraft 5.000 Mark unterschlagen?

Nachrichtensperre über den Klassenkampf im Iran

In der jüngsten Ausgabe der westdeutschen Wochenzeitschrift „Rote Fahne" kann man anläßlich der seit Monaten andauernden Kämpfe des Volkes im Iran gegen das faschistische Schah-Regime lesen, daß es darüber nur sehr spärliche Nachrichten gäbe und daß gar das **gesamte** (!) Pressewesen des Iran von dem berüchtigten Geheimdienst SAVAK kontrolliert sei. Kann man diesen Nachrichtenmangel der RF-Redaktion zum Nutzen der Leser dieser Zeitschrift beheben? Ganz bestimmt! Man könnte ihr einige der letzten Ausgaben des Roten Morgen zuschicken. Man könnte sie hinweisen auf verschiedene Veröffentlichungen in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen (z. B. Frankfurter Rundschau, Spiegel u. a. und nicht zuletzt ein fast ganzseitiger Korrespondentenbericht in der linksliberalen französischen Tageszeitung „Le Monde"). Aus alldem ließe sich sicher genug Material gewinnen für einen Artikel. Man könnte den Herren Redakteuren weiterhin einige Exemplare von illegal im Iran erscheinenden Zeitungen (z. B. von dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran „Tufan" zusenden, die doch gewiß auch zum „Pressewesen des Iran" gehören, aber mit Sicherheit nicht vom SAVAK kontrolliert sind! Außerdem berichtet Radio Tirana häufig über die Vorgänge im Iran.

Die geplagten RF-Redakteure werden da abwinken. Woher nun aber dieser „Nachrichtenmangel" (von dem im übrigen auch die Redaktion der KVZ befallen zu sein scheint)? Möglicherweise findet man eine Erklärung dafür in dem völligen Fehlen von Berichten und Informationen über die Volkskämpfe im Iran in einschlägigen Publikationen der Drei-Welten-Theoretiker (z. B. der „Peking Rundschau"). Doch halt, werden nun die RF-Redakteure rufen, über wichtige Vorgänge im Iran, diesem herausragenden Land der „dritten Welt", wird doch gewiß die amtliche Nachrichtenagentur Neues China die Weltöffentlichkeit (und das chinesische Volk) informieren!? Doch auch hier eine herbe Enttäuschung! Was meldet dagegen Neues China über den Iran? Zum Beispiel folgendes: Meldung Nr. 122.321 vom 27. 12. 77: „Ein iranischer Generalleutnant betont die nationale Einheit. Teheran, 22. 12. 1977 (Hsinhua): Der Generalleutnant Mohammad Momeni... hat erklärt, daß keine Kraft der Welt einer Nation Schaden zufügen kann, die fest vereinigt und entschlossen ist, ihre Interessen zu verteidigen... Der Iran hat nicht die Absicht, gegen irgend jemanden Krieg zu führen, fügte er hinzu, zugleich werden wir aber niemandem erlauben, unseren Frieden zu stören oder unsere Einheit zu gefährden."

Der brutale Einsatz der iranischen Armee zur Unterdrückung des Volkes von Oman existiert also nicht??!

Im Februar, als die Demonstrationen und Kämpfe des iranischen Volkes im ganzen Land einem neuen Höhepunkt entgegengingen, wußte Hsinhua folgendes zu berichten: „7. 2., Meldung Nr. 020705: Der iranische Premierminister betont dic Notwendigkeit, die nationale Verteidigung zu verstärken. Teheran, 6. 2. (Hsinhua): Wie die örtliche Presse berichtet, erklärte gestern der iranische Premierminister Jamshid Amuzegar anläßlich der Vorlage des Haushaltsplans für 1978 im Parlament: ‚Es ist notwendig, die nationale Verteidigung zu verstärken, um die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität des Staates zu erhalten, eine Atmosphäre der Sicherheit und Ruhe zu schaffen, um die Früchte der sozioökonomischen Entwicklung des Landes zu genießen und um die Stabilität in diesem Teil der Welt aufrechtzuerhalten.' Das neue Budget liegt um 25 Prozent über dem des laufenden Jahres, präzisierte er." (Ende der Hsinhua-Meldung.)

Diese Ausweitung des Staatshaushaltes ist selbstverständlich notwendig für weitere Waffenkäufe (u. a. in der BRD) zum Niederschießen der aufständischen Volksmassen im Iran selbst und zur Unterwerfung fremder Völker der Region im Auftrage des US-Imperialismus. Manche Leute nennen sowas immer noch Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit.

Rot Front!
H. aus Münster

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Bremerhaven:

Unsere bisher größte Aktion

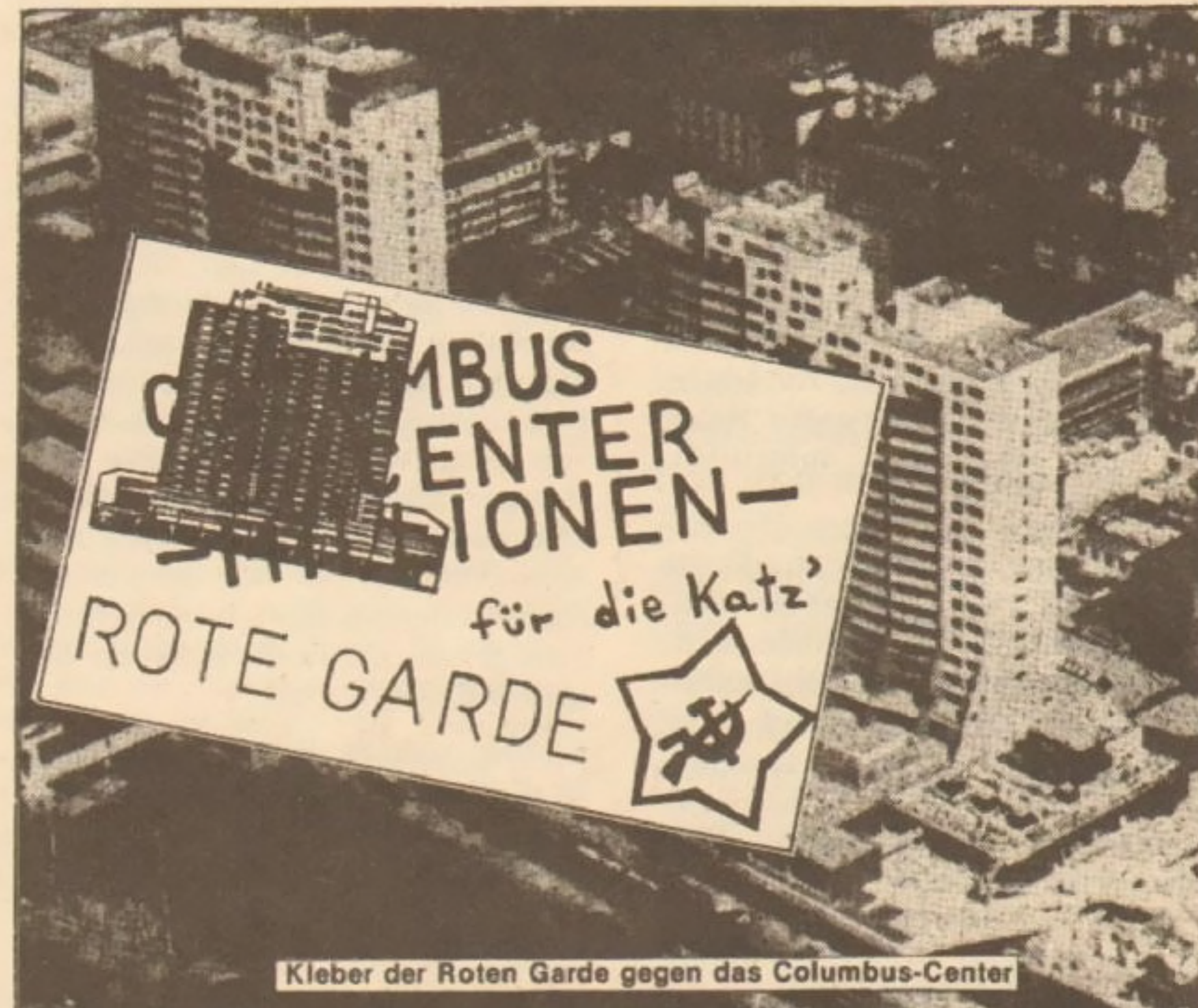
Die Rote Garde Bremerhaven stand vor einem Problem. Die Mehrheit der Rotgardisten muß in Kürze zum Bund und wird die Stadt verlassen. Was also tun? Die Antwort der Bremerhavener Roten Garde: Schnell neue Rotgardisten gewinnen.

Die Rote Garde schreibt: „Eine Möglichkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, baute uns die Stadt zusammen mit der Neuen Heimat sozusagen direkt vor die Nase: zwei riesige, unansehnliche Hochhäuser, direkt am Weserufer gelegen. Diese beiden Klötze sollen den Kapitalisten (vor allem denen von Horten und Karstadt) helfen, die ‚Kaufkraft des Umlandes' noch besser ‚abzuschöpfen', wie sie ihre Ziele im Kapitalistendeutsch ausdrücken.

Gegen dieses „Columbus-Center" richtet sich aus vielen Gründen der Unmut der Werktätigen. Vor allem deshalb, weil die Stadt den Kapitalisten Millionen Steuergelder in den Rachen wirft. So sind nach dem Bundesbaugesetz die Unternehmen in diesem Centrum verpflichtet, für Parkplätze zu sorgen. Sie kosten 46 Millionen. Aber nicht die Unternehmer, sondern die Werktätigen! Denn die Stadt erklärt sich bereit, die Kosten für die Parkplätze auf uns abzuwälzen!

Um den Unmut der Jugendlichen der Stadt aufzufangen — 300 Jugendliche werden auch in diesem Jahr wieder ohne Lehrstelle bleiben — hat die Stadt das ‚CC' betont ‚jugendfreundlich' gestaltet — mit Diskos, Kneipen, Jugendamt, Jugendberatungsstelle, jugendpsychologischem Dienst.

Mit 4-tägigen Festlichkeiten sollte das ‚CC' eingeweiht werden. Das wollten wir ausnutzen, um die Rote Garde breit unter den Jugendlichen bekannt zu machen und neue Kontakte zu knüpfen. Wir planten 5.000 Flugblätter, 800 Kleber, 60 Plakate und eine Parole am Gebäude selber. Eine solch große Aktion hatten wir noch nie unternommen! Da wir aber die Aktion längerfristig geplant hatten, kamen wir nicht in Zeitschwierigkeiten. Tage vor den Einweihungsfeierlichkeiten im ‚CC' selber verteilten wir Flugblätter vor allen wichtigen Schulen und Berufsschulen der Stadt. 1.700 Stück. Nachdem wir dort und im Zentrum auch Plakate geklebt hatten, kam das ‚CC' selbst an die Reihe. Der Erfolg war groß! 4.000 Flugblätter wurden verteilt. Ein Jugendlicher meinte: „Genau richtig! 300 Jugendliche ohne Arbeit, und dann bauen sie solch einen Klotz. Wahnsinn!" Natürlich führten wir auch viele Gespräche, so daß wir insgesamt sechs festere und noch eine Reihe weiterer loser Kontakte zu Jugendlichen bekamen..."



Kleber der Roten Garde gegen das Columbus-Center

Albrecht — raus aus Buxtehude!

Diese Parole gab unsere Partei sowie die Rote Garde auf einem Flugblatt aus, als am 26. 4. der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht nach Buxtehude kam, um auf einer Wahlveranstaltung der CDU sein faschistisches Gedankengut unter die Leute zu bringen. Auch andere Organisationen bereiteten sich auf Albrecht vor. Auf der Versammlung waren dann unter den insgesamt 400 Besuchern etwa 70 fortschrittliche Jugendliche, die Albrecht einen heißen Empfang bereiteten.

Als Albrecht die Tribüne betrat, sah er sich einem gellenden Pfeifkonzert sowie einem „Begrüßungs"-Transparent gegenüber. Sofort versuchte der Saalschutz der CDU, die Antifaschisten mit Gewalt aus dem Saal zu schaffen. Das gelang aber nicht. Mir Zwischenrufen wie „Folter-Albrecht" und „Albrecht ist ein Faschist", die auf seine Äußerungen zur Berechtigung von Folterungen und über das faschistische Regime in Chile anspielten, wurde Albrechts Rede ständig unterbrochen. Albrecht beschimpfte die Antifaschisten als „arbeitsscheue Studenten und Kriegsdienstverweigerer, die alle aus zerrütteten Familien kämen".

Die angekündigte „Diskussion" sah dann so aus, daß eine Kandidatin der „Grünen Liste" vom Podium geworfen und ein Genosse der Roten Garde mit dem Kopf auf das Parkett geschleudert wurde. Viele Jugendliche, die vorher noch nie politisch aktiv waren, haben sich über Albrecht empört und sind auch zu weiteren Aktionen bereit, wenn am 6. 5. Helmut Kohl nach Buxtehude kommt.

Krankenpflegeschule in Essen

Kampf gegen Schuluniform

Korrespondenz. An unserer Krankenpflegeschule wurde vor kurzem der Versuch unternommen, die Schüler in weiße Schulkleidung zu stecken, da ja auch die Schulzeit zum Dienst gehöre und auch die Einheitlichkeit der Schüler gewahrt werden müsse. Dieser Uniformierungsversuch stieß auf große Empörung bei den Krankenpflegeschülern. Für alle war klar: Das lassen wir uns nicht gefallen. Auch bei den Lehrern und den Schwestern auf den Stationen stieß diese Maßnahme auf großen Widerstand.

Zwei Klassen setzten ein Schreiben auf, das an die leitende Schulschwester, den ärztlichen Direktor und die Oberin abgeschickt wurde. Darin wurde ausgedrückt, daß wir diese Uniformierung als einen Eingriff in unsere persönlichen Rechte ansehen und daß so etwas auch an keiner anderen Berufsschule üblich sei. Außerdem wiesen wir darauf hin, daß es doch sehr merkwürdig sei, bei allen sonstigen Sparmaßnahmen ausgerechnet für Schuluniformen Geld zu haben.

Das Schreiben wurde von sämtlichen Schülern der beiden Klassen unterschrieben. Kopien gingen auf alle Stationen. Die erste Reaktion des ärztlichen Direktors: er raste wie ein Irrer über die Stationen und zerriß die Kopien. Die Kollegen lachten sich natürlich halbtot.

Von Seiten der Schule wurde daraufhin versucht, die Stimmung abzuwiegeln, indem auf neue Gespräche mit der Oberin verwiesen wurde. Der letzte Stand dieser Gespräche: Die Entscheidung sei noch nicht gefallen. **Die Schüler wissen da besser Bescheid, denn sie haben die Entscheidung gegen die Schuluniform schon lange gefällt!**

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde!

Der I. Kongreß der Roten Garde steht vor der Tür. Natürlich kostet die Vorbereitung viel Geld. Und natürlich ist Geld gerade bei unseren jungen Genossen knapp. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung — auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb rufen wir alle Leser des „Roten Morgen" auf: Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde auf die Konten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund, und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, 321 004 547, jeweils unter dem Kennwort „Rote Garde"!

ROTER 1. MAI 1978



Hamburg

Über 3.000 Menschen demonstrierten in diesem Jahr auf den Roten 1. Mai-Demonstrationen der RGO. Wir berichteten bereits im letzten „Roten Morgen". In dieser Nummer werden Bildberichte und Auszüge aus den Reden, die die Genossen Ernst Aust und Horst-Dieter Koch auf den Mai-Veranstaltungen der Partei in Hamburg, Dortmund und Bielefeld hielten. Berichte über den 1. Mai in der SVR Albanien und anderen Ländern auf der Seite 11 dieser Ausgabe.



Westberlin

Die Einheitsfront schaffen und an der Revolution festhalten

Genosse Ernst Aust ging in seiner Rede auf der Mai-Veranstaltung der Partei in Hamburg unter anderem auf die tiefe Krise ein, in der sich die kapitalistische und revisionistische Welt befindet. Ausdruck davon ist die Massenarbeitslosigkeit, die bereits seit Jahren auf den deutschen Werktätigen lastet und sich in Zukunft noch weit mehr verschärfen wird. Mit fünf Millionen Arbeitslosen wird bis Mitte der achtziger Jahre gerechnet! Was bedeutet das für die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland?

„Mancher, der heute noch abseits steht", sagte Genosse Ernst Aust, „mancher, der heute noch nichts vom revolutionären Kampf wissen will, wird dann anders denken. Wie war es denn vor 1933, als es in Deutschland 7 Millionen Arbeitslose gab? Die Entwicklung in Deutschland strebte unaufhaltsam auf die Alternative Faschismus und Krieg oder proletarische Revolution und Sozialismus zu. Eine Situation wie die von 1932 wird wieder auf uns zukommen. Auf jeden Fall ist während der 80er, 90er Jahre mit dem Heranreifen einer revolutionären Situation zu rechnen. Die Partei muß sich darauf vorbereiten:

1. Die Partei muß sich tiefer in den Massen verankern.

Hier hat es in der letzten Zeit einige sehr gute Beispiele im Kampf der Partei gegeben. Denken wir nur an den Hamburger Hafenarbeiterstreik. Oder nehmen wir den Druckerstreik. Es ist ein sehr schönes Ergebnis, daß es den Genossen während dieses Streiks gelang, über zwanzig Druckereikollegen für den Aufbau der RGO in Hamburg zu interessieren. Ebenso erfolgreich war der Einsatz unserer Genossen während des Metallarbeiterstreiks.

Den größten Erfolg haben wir aber meines Erachtens bei den Betriebsratswahlen errungen. Wir stehen erst am Anfang des Aufbaus der RGO. Trotzdem ist es unseren Genossen gelungen, erfolgreich in die Betriebsratswahlen einzugreifen, so daß wir heute an die 100 revolutionäre Betriebsräte haben. Gelingt es uns auch weiterhin, sektiererische Fehler der Vergangenheit zu überwinden, werden wir beim Aufbau der RGO noch größere Erfolge erringen.

Genossen, viele sind gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung. Viele sind für die Wiedervereinigung. Viele sind gegen den Krieg. Viele sind gegen Reaktion und Faschismus. Aber all die vielen sind noch längst nicht für die bewaffnete Revolution, für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Es ist nicht möglich, diese Menschen mit zwei, drei Sätzen zu überzeugen. Man wird nicht mit einem Sprung Kommunist. Um Kommunist zu werden, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen, braucht man eine längere Zeit. Deshalb ist es wichtig, daß die Partei Organisationen schafft, Zwischenstufen sozusagen, wie die RGO, die Front gegen Reaktion und Faschismus usw., bei denen die Anerkennung der Diktatur des Proletariats nicht für alle Mitglieder Voraussetzung ist. Schon in der Erklärung zur Parteigründung heißt es: „**Gestützt auf die von uns selbst organisierten Kräfte können wir alle deutschen und ausländischen Reaktionäre in unserem Land besiegen**". Wohlgemerkt: Von uns selbst organisiert. Wir können noch lange „Vorwärts beim Aufbau der RGO" rufen, wenn wir dabei nicht die Initiative ergreifen wird es keinen Aufbau der RGO geben. Denn die RGO fällt nicht vom Himmel.

Ich möchte hier noch einmal die Bedeutung des III. Parteitages betonen. Dieser Parteitag war ein Höhepunkt im Leben unserer Partei. Aber nicht nur, weil wir auf ihm das Programm unserer Partei und das neue Statut verabschiedet haben, sondern auch die im Rechenschaftsbericht enthaltene Ausrichtung. Diese Ausrichtung gab uns als klare und eindeutige Aufgabe die Parole: „Tiefer hinein in die Massen".

2. Die Partei muß die Massen zur Revolution erziehen!

Wie macht man das? Mit Propaganda? Natürlich, auch. Man muß den Massen den Nutzen der Revolution erklären. Etwa am Beispiel der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, die ein Land ohne Arbeitslose, ohne steigende Preise ist. Die das einzige Land der Welt ist, in dem es keine Steuern mehr gibt, wo die Lohnunterschiede inzwischen auf 1:2 herabgesetzt wurden und wo meiner Ansicht nach eine sehr wichtige Frage — — das gesamte Volk unter Waffen steht. Dies ist von sehr großer Bedeutung. Denn es macht dem Proletariat klar, daß hier eine Regierung ist, die Vertrauen zum Volk hat und ein Volk, das Vertrauen in seine Regierung hat.

Die beste Methode aber, die Massen für die Revolution zu gewinnen und sie dazu zu erziehen, ist der Kampf, die Aktion. Denn im Kampf lernt man seine Feinde kennen. Die Kapitalisten mit der Aussperrung, mit dem Unternehmerterror, ihre Agenten mit ihrer Abwiegelung und ihrem Verrat, die Staatsmacht, die mit ihrer Polizei in diese Kämpfe eingreift. Im Kampf, in einem 6-tägigen Streik lernen die Kollege oft mehr, als man ihnen in einem halben Jahr erklären kann.

3. Die Partei muß sich selbst auf die Revolution vorbereiten.

Eine Partei, die nur von der Revolution redet, sich aber nicht praktisch in jeder Hinsicht auf diese Revolution vorbereitet und alle notwendigen Maßnahmen für ihre siegreiche Durchführung trifft, ist keine kommunistische Partei.

Fassen wir zusammen. Unsere Parole muß sein: „Die Einheitsfront schaffen und an der Revolution festhalten!"

Vorwärts beim Aufbau der RGO

Genosse Horst-Dieter Koch ging in seiner Rede zum 1. Mai unter anderem auf den Stand und die Kraft der Arbeiterbewegung in diesem Jahr ein. Er sagte:

„Lassen wir die letzten Wochen und Monate, die Stahltarifrunde, den Druckerstreik, den großen Kampf der Metallarbeiter in Nordbaden/Nordwürttemberg noch einmal Revue passieren. Denken wir an andere Branchen. In der Tarifbewegung der Bauarbeiter ist es jetzt — seit Jahren zum erstenmal — zu Proteststreiks gekommen. Ebenso in der Tarifbewegung im Einzelhandel. Erinnern wir uns daran, daß die Hafenarbeiter in diesem Jahr seit mehr als 25 Jahren zum ersten Mal wieder gestreikt haben. **All dies beweist, daß erstens die Kampfbereitschaft unter den Arbeitern enorm angestiegen ist und daß zweitens Teile der Arbeiterklasse, die bislang nur relativ wenig an den Kämpfen der Klasse teilgenommen haben, nun verstärkt in den Kampf treten.**

Trotzdem haben die Arbeiter in diesen Kämpfen nicht die volle Durchsetzung ihrer Forderungen erreicht. Die Gewerkschaftsführung hat ihren Kampf verraten. Die letzten Tarifbewegungen haben so in aller Deutlichkeit noch einmal den wirklichen Charakter des DGB-Apparats als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse, als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung unter Beweis gestellt. Und sie haben auch gezeigt, wie stark der Einfluß des reaktionären DGB-Apparats in der Arbeiterklasse noch ist. Wäre es sonst den Bonzen gelungen, ihre verräterischen Abschlüsse gegen die Arbeiter durchzusetzen? Wären sie sonst in der Lage gewesen, einen Kampf wie den der Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg abzuwürgen?

Aber dies ist nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, daß es in diesen Tarifbewegungen zugleich viele Momente selbständiger Kampfführung seitens der Arbeiter gegeben hat. **Der Tatsache, daß die Bonzen die Tarifbewegung noch unter Kontrolle halten konnten, steht die Tatsache entgegen, daß in diesen Tarifbewegungen sich klar und eindeutig gleichzeitig der Prozeß der Lösung der klassenbewußten Arbeiter vom Einfluß des reaktionären DGB-Apparats abgezeichnet hat.** Ohne Übertreibung, natürlich auch ohne Bedauern, können wir feststellen: Es kommen harte Zeiten für die Arbeiterverräter, die DGB-Bonzen.

Denn, kurz gesagt: Arbeiterverräter haben es leichter in Zeiten, wo die Bourgeoisie praktisch mühelos Höchstprofite macht und auch einmal ein paar Mark springen läßt, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten als in Zeiten der kapitalistischen Krise, wo die Bourgeoisie versucht, alle Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und jede nur mögliche Mark als Profit einzustreichen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung hat sich in den letzten Tarifbewegungen klar gezeigt. Zwei Abschlüsse — der 6,8-Prozent-Betrug bei den Hafenarbeitern und der erste Abschluß in der Druckindustrie — sind den DGB-Bonzen voll in die Hose gegangen. Und wenn die IGM-Bonzen den Vier-Prozent-Verrat den Stahlarbeitern zur Urabstimmung vorgelegt hätten? Wenn es bei der Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden auf die Stimmung in den Großbetrieben angekommen wäre? — Dann hätten die IGM-Bonzen ihre Verratsabschlüsse auch nicht an den Mann gebracht.

Und ganz deutlich, unübersehbar, hat sich der Haß und die Empörung der klassenbewußten Arbeiter auf und über die arbeiterverräterischen DGB-Bonzen bei den Betriebsratswahlen Luft gemacht. Ihr kennt die Ergebnisse. Zusammengefaßt errangen die RGO- und andere oppositionelle Listen in Betrieben mit mehr als 1.500 Beschäftigten 15 Prozent bis 35 Prozent der Stimmen. In kleineren Betrieben lagen die Stimmenanteile teilweise noch wesentlich höher. **Diese großen Erfolge der RGO bei den Betriebsratswahlen zeigen, daß es stimmt, was in dem Vorwort zu den ersten beiden Auflagen der Broschüre ‚Was will die RGO?' steht. Dort heißt es: ‚Was die Bourgeoisie und die Arbeiterverräter alarmiert, ist vor allem die Tatsache, daß Programm, Ziele und Forderungen der RGO ausdrücken, was bereits heute ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten denkt und fühlt...** Die 34 Prozent etwa, die die RGO-Liste bei Hoesch-Union erreicht hat, zeigen eben genau, daß die Losung der RGO zu diesem 1. Mai **‚Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen'** nicht nur ausdrückt, was objektiv notwendig ist, sondern auch, was von einem immer größeren Teil der Arbeiter selbst gefordert, als notwendig erkannt und gefühlt wird!"



Stuttgart



Hannover



München

Aus aller Welt

Überfall Südafrikas auf Angola

Nach ausgedehnten Luftangriffen von Düsenjägern haben am 5. Mai südafrikanische Fallschirmjägertruppen einen dreisten Überfall auf mehrere Gebiete Angolas verübt. Die südafrikanischen Faschisten richteten ihre Aggression, die sie als „begrenzte militärische Operation" verharmlosten, gegen Stützpunkte der namibischen Befreiungsbewegung auf angolanischem Boden. Dabei stießen sie auf ein Flüchtlingslager, auf einige tausend Frauen, alte Männer und Kinder. Diese Provokation richtet sich gegen den Befreiungskampf des namibischen Volkes. Sie ist unter anderem auch ein Bestandteil der Strategie des amerikanischen Imperialismus, der die südafrikanischen Faschisten schon immer unterstützte, um seinen Einfluß auf dem afrikanischen Kontinent zu verbreitern. Heuchlerisch brachte das US-Außenministerium seine „Besorgnis" über die brutale Aggression zum Ausdruck. In Wirklichkeit stachelt der US-Imperialismus das südafrikanische Rassistenregime durch Militär- und Finanzhilfen zu solchen Aggressionshandlungen an.

USA/Israel: Konterrevolutionäre Allianz bekräftigt

Zum vierten Mal in seiner Amtsperiode als israelischer Ministerpräsident ist der Zionistenchef Begin letzte Woche nach Washington gereist. Bei seinem letzten Besuch — vor dem israelischen Überfall auf den Südlibanon — hatte Carter den Eindruck zu erwecken versucht, es bestünden tiefe Widersprüche zwischen Washington und Tel Aviv. Jetzt erklärte Carter unverhohlen: „Dreißig Jahre haben wir an der Seite der stolzen und unabhängigen Nation von Israel gestanden. Ich kann als Präsident der USA ohne Einschränkung sagen, daß wir dies nicht nur für die nächsten 30 Jahre so weiter halten werden, sondern für immer."



Die Zionisten erhalten neue Mordwaffen von Carter, zur weiteren Unterdrückung der arabischen Völker.

Als praktischen Beweis dieser Unterstützung werden die Zionisten neue amerikanische Mordwaffen bekommen: Die Lieferung von 75 F-16 und 15 F-15-Kampfflugzeugen wurde zugesagt. Begin selbst nutzte seinen Aufenthalt in den USA, um noch einmal deutlich zu sagen, daß sich die Zionisten niemals aus den 1967 besetzten Gebieten zurückziehen werden.

All das zeigt in aller Klarheit: Die Rolle eines Vermittlers zwischen den Zionisten und der arabischen Seite, die sich Carter in der letzten Zeit angemaßt hat, ist nichts als ein Täuschungsmanöver. Und wer dennoch den arabischen Völkern das Vertrauen auf Washington predigt, wie es der ägyptische Präsident Sadat ausgerechnet am 1. Mai in Kairo tat, ist ein Verräter am Befreiungskampf der arabischen Völker.

China/DBR

Der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr, General de Maizière, der Luftwaffengeneralleutnant Vogel und der Vizeadmiral Meentzen sind in Peking eingetroffen, wo sie vom chinesischen Verteidigungsminister Hsue Hsiang-Tschien empfangen wurden. Kurz danach folgte Generalleutnant a. D. Albert Schnez, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wehrkunde. Die chinesischen Revisionisten haben in den letzten Monaten ihre Militärbeziehungen mit den westdeutschen Imperialisten immer weiter entwikkelt. Die Grundlage für diese Beziehungen ist — wie sie es selbst immer wieder erklären — die Unterstützung Pekings für das aggressive westliche Militärbündnis NATO.

Afghanistan: Hinter dem Putsch steht Moskau

Die Putschisten, die in Afghanistan das reaktionäre Regime Daud stürzten, haben in der letzten Woche den Führer der revisionistischen Partei, Mohammed Taraki, zum Staatschef gemacht. Erster Gratulant war der sowjetische Botschafter. Die Moskauer Nachrichtenagentur TASS feierte den Putsch als „historischen Wendepunkt". Diese Tatsachen machen deutlich, daß hinter dem Militärputsch in Kabul niemand anderes steht als die russischen Sozialimperialisten. Schon vor diesem Putsch hatten sie einen beträchtlichen Teil der Wirtschaft des Landes unter ihrer Kontrolle. Sie übten auch auf die Politik des Daud-Regimes einen starken Einfluß aus. Bezeichnend dafür ist z. B. die Tatsache, daß die Armee des Landes mit russischen Waffen beliefert und ihre Offiziere in der Sowjetunion ausgebildet wurden.

Mit dem neuen Regime wollen die Sozialimperialisten das Land vollständig unter ihre Herrschaft bringen. Dabei geht es ihnen nicht nur darum, die Reichtümer Afghanistans zu plündern. Sie sehen in diesem Land auch eine strategische Basis für ihre imperialistischen Pläne, im Ringen mit der anderen Supermacht ihren Einfluß auf Asien zu verstärken.

Britannien: 70.000 demonstrieren gegen den Faschismus

Am vorletzten Wochenende gingen in London fast 70.000 Menschen auf die Straße, um gegen das Anwachsen der faschistischen Kräfte in Britannien zu demonstrieren. Wie BBC meldete, war es „die bedeutendste Anti-Faschismus-Demonstration seit den vierziger Jahren". Die Demonstranten protestierten vor allem gegen die faschistische Organisation „Nationale Front", die mit aktiver Unterstützung der britischen Regierung immer dreister die Werktätigen in den Arbeitervierteln und vor allem die farbigen Einwanderer terrorisiert.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Parteitag der spanischen Revisionisten

Verrat am Kommunismus offiziell besiegelt

Sie trafen sich in einem Luxushotel in Chamartin, dem Stadtviertel der Reichen von Madrid: die Delegierten zum IX. Kongreß der spanischen Revisionistenpartei. Sie hatten sich nicht etwa zusammengefunden, um über die Sorgen und Nöte der spanischen Werktätigen, über die Organisierung ihres Kampfes zu beraten. Nein, den spanischen Revisionisten ging es darum, ihre Partei noch besser in das monarchofaschistische Regime einzuordnen, ihr den Weg zu einer direkten Regierungsbeteiligung zu bahnen.

Carrillo, der Chef dieser Partei, gab den Kurs an, als er unverhohlen erklärte: „Der Leninismus kann in unseren Ländern nicht mehr der Marxismus der Gegenwart sein." Das sei nur eine „einengende Idee Stalins" gewesen. So wurde aus dem Programm dieser Partei, die sich kommunistisch nennt, der Leninismus offiziell gestrichen. Und was ist denn nach der Meinung der Carrillo und Co. so „einengend" am Leninismus?

Es ist die Theorie der gewaltsamen proletarischen Revolution. Sie wurde auf dem Parteitag der spanischen Revisionisten für „unzeitgemäß" erklärt. Diese Leute reden zwar noch vom Sozialismus, versprechen den Werktätigen eine bessere Zukunft, aber diesen sogenannten Sozialismus wollen sie im Rahmen des reaktionären bürgerlichen Regimes verwirklichen. Offen bekennt sich der Parteitag und mit ihm auch das Programm der Carrillo-Partei zur Monarchie und „zur rot-gelb-roten Fahne des Staates, der uns legalisierte".

Kann man sich eine grausamere Verhöhnung der Völker Spaniens vorstellen? Denn diese rot-gelb-rote Fahne wurde vor vierzig Jahren von den Franco-Faschisten gehißt, dieser Staat ist ihr Terrorregime, das sie auf dem Boden der von ihnen zerschlagenen Republik errichtet haben. In diesen vierzig Jahren haben die Völker Spaniens, an ihrer Spitze die wahrhaften Kommunisten, niemals aufgehört zu kämpfen. Gerade in den letzten Jahren hat dieser Kampf unter der Führung der illegalen KP Spaniens/ML einen neuen revolutionären Aufschwung genommen und eine klare Zielrichtung erlangt: für den gewaltsamen Sturz des monarchofaschistischen Regimes und die Errichtung der Föderativen Volksrepublik.

Und da kommen die Carrillo-Leute, wollen die großen Blutopfer des national-revolutionären Krieges von 1936 bis 39, all die Leiden der spanischen Völker, die Jahrzehnte des Kampfes wegwischen, und fordern die Werktätigen auf, ihren Frieden zu machen mit dem Madrider Regime. Sie selbst haben diesen Frieden längst geschlossen. Aber die Arbeiter, die armen Bauern, die Jugend werden ihnen nicht auf dem Weg des Verrats, der Kapitulation folgen. Wie ist denn heute die Lage in Spanien? Während Carrillo auf dem Parteitag die Kapitalisten auffordert, „einen echten Dialog mit der Arbeiterklasse zu suchen", gibt es heute kaum noch einen Tag, an dem nicht in einem Teil des Landes Tausende von Arbeitern im Streikkampf stünden.

Während Carrillo auf dem IX. Kongreß seiner Partei noch einmal die Zustimmung zum reaktionären Moncloa-Pakt bekräftigte, der alle Kämpfe für ungesetzlich erklärt, erlebt Spanien immer neue Wellen von Massendemonstrationen. Die Werktätigen lassen sich von den revisionistischen Verrätern nicht an die Kette des Regimes legen. Und in den großen Kämpfen wächst ständig der Einfluß der wahren Kommunisten von der KPSp/ML und der revolutionären Organisationen wie der FRAP und der A.O.A.

Der IX. Parteitag der spanischen Revisionisten zeigte deutlich ihr wahres Gesicht als einer konterrevolutionären Agentur des Regimes, eine durch und durch reaktionäre Kraft, die jetzt Kurs darauf nimmt, sich direkt am Regierungsgeschäft der Unterdrückung der werktätigen Massen zu beteiligen. Die auf diesem Parteitag von den ausländischen revisionistischen Delegationen — angefangen bei der sowjetischen — zum Ausdruck gebrachte Sympathie für die Carrillo und Co. zeigte auch: Trotz aller Streitereien der Revisionisten untereinander, sind sie doch alle aus demselben Holz geschnitzt. Sie alle stehen auf der Seite und im Dienst der Konterrevolution. Sie alle — ob in Westdeutschland, Italien oder Frankreich — wollen das bestehende kapitalistische System aufrechterhalten. Und mit diesem System werden auch sie im Sturm der proletarischen Revolution weggefegt werden.

Südlibanon

Patrioten schlagen Angriffe der UNO-Einheiten zurück

Zu schweren Kämpfen zwischen libanesischen und palästinensischen Patrioten auf der einen und Einheiten der UNO-Truppen auf der anderen Seite kam es in der letzten Woche im Südlibanon. Unmittelbarer Anlaß für die Auseinandersetzungen war die Ermordung zweier Palästinenser durch französische Fallschirmjäger. Wie berichtet wird, hatten die Franzosen aus dem Hinterhalt das Feuer auf eine Gruppe von Palästinensern eröffnet.

Dieser Mordanschlag hat unter den Menschen im besetzten Libanon große Empörung hervorgerufen und gleichzeitig ihre Wachsamkeit gegenüber den als „Friedenstruppen" getarnten UNO-Einheiten gestärkt. Bei einem Gefecht zwischen diesen Einheiten und bewaffneten Patrioten in der Nähe der Hafenstadt Tyr wurden drei UNO-Soldaten — darunter zwei Franzosen — getötet und zwölf weitere verletzt. Unter den Verletzten ist auch der Kommandeur des französischen Bataillons, Jean Salvan.

Inzwischen ist für die UNO-Einheiten höchste Alarmbereitschaft ausgerufen worden. Sie haben von UNO-Chef Waldheim neue eindeutige Befehle erhalten. Hieß es früher noch, diese Truppen seien neutral und sollten nur Kämpfe zwischen den Patrioten und den israelischen Besatzern verhindern, so erklärte Waldheim jetzt: Jeder Versuch der Palästinenser, in das von Israel geräumte Gebiet zurückzukehren, muß notfalls mit Gewalt verhindert werden.

Damit hat sich erneut in aller Deutlichkeit gezeigt, wie recht der Vertreter der Sozialistische Volksrepublik Albanien hatte, als er auf der 8. Tagung der UNO-Vollversammlung erklärte, **„daß diese Truppen für den Einsatz gegen den gerechten Kampf der arabischen Völker, besonders den Kampf des palästinensischen Volkes geschaffen wurden" (siehe RM 18/78).**

Denn was die UNO-Truppen auf ausdrückliche Anweisung ihres Generalsekretärs jetzt machen, ist genau das, was die Zionisten zum Ziel ihres Überfalls auf den Südlibanon erklärt haben: nämlich, diese Region von allen Patrioten zu „säubern". Es ist bekannt, daß der Einsatz der UNO-Truppen auf die Initiative derselben Macht zurückgeht, die auch hinter dem israelischen Überfall stand: des amerikanischen Imperialismus. Washington wäre jedoch im Sicherheitsrat, der über die Entsendung der Truppen einstimmig entscheiden mußte, nicht durchgekommen, wenn sich nicht die Vertreter der russischen Supermacht ihrer Stimme enthalten hätten. Und noch eine andere Macht, die sich gerne als Freund der unterdrückten Völker aufspielt, hat Sitz und Stimme im Sicherheitsrat und hätte mit ihrem Veto den Einsatz der UNO-Truppen gegen die Patrioten verhindern können: nämlich China. Aber der Vertreter der chinesischen Revisionisten zog es vor, sich — als die Abstimmung begann — davonzuschleichen.

Aber trotz dieses Komplotts der internationalen Reaktionäre werden sich die libanesischen und palästinensischen Patrioten nicht von ihrem gerechten Kampf abhalten lassen.

Französische Imperialisten

Militärische Aggression gegen den Tschad

Auch in der letzten Woche haben die französischen Imperialisten den Transport von Truppen in die zentralafrikanische Republik Tschad fortgesetzt. Mehr als 7.000 Mann halten sie jetzt dort unter Waffen, darunter auch mehrere Regimenter der Fremdenlegion. Immer deutlicher wird, daß diese Imperialisten, an deren Händen das Blut vieler Völker klebt, heute mitten in Afrika einen neuen Kolonialkrieg führen.

Bis 1960 haben sie im Tschad offen als Kolonialherren regiert. Dann gaben sie dem Land die sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich aber blieben sie weiter die Herren des Landes. So wird zum Beispiel der Anbau und die Verarbeitung der Baumwolle (die 80 Prozent der Ausfuhr des Tschad ausmacht) von dem französischen Konzern COTONTCHAD kontrolliert. Französische Militärs stehen an der Spitze der Armee, die mit französischem Kriegsmaterial ausgerüstet ist. Selbst der Geheimdienst wird von einem Militär aus Paris, dem Offizier Gourvennec, geleitet. Gegen diese Oberherrschaft der französischen Imperialisten und gegen ihr Marionettenregime in Ndjamena haben sich die Werktätigen des Tschad erhoben. In den letzten Wochen wurden aus mehreren Regionen des Landes Massendemonstrationen gemeldet. Seit Monaten hat sich auch — vor allem im Norden — der bewaffnete Kampf schwungvoll entwickelt. So schrieb die französische Zeitung „Le Monde", daß allein im Februar bei diesen Kämpfen 2.000 Soldaten des Regimes getötet oder gefangen genommen wurden.

Durch die großen Erfolge der Patrioten, die Massendemonstrationen der letzten Wochen sehen die französischen Imperialisten den Bestand des Regimes in Ndjamena und damit ihre imperialistischen Raubinteressen gefährdet. Und so wie sie es immer getan haben, ob in Indochina oder in Algerien, so wollen sie auch jetzt diese Interessen mit Blut und Terror gegen das Volk verteidigen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Spanien

Barrikadenkämpfe am Tag der Republik

Es war wie in den dunkelsten Tagen der Franco-Diktatur. Über die großen Städte Spaniens war faktisch der Belagerungszustand verhängt worden. Bewaffnete Einheiten der Polizei zogen an den Plätzen, an Verkehrsknotenpunkten auf. Greifkommandos drangen in lokale Gewerkschaftsbüros, in republikanische Klubs ein. Es waren die Tage vor dem 14. April, dem Tag der Republik.

Das monarchofaschistische Regime wollte mit diesem Polizeiterror verhindern, daß am 14. April die Werktätigen Spaniens auf die Straßen gingen, um den 47. Jahrestag der Gründung der II. spanischen Republik zu feiern, jener Republik, die von Francos faschistischen Horden in einem dreijährigen Krieg gegen das Volk im Blut erstickt worden war. Aber die werktätigen Massen ließen sich von den Nachfolgern Francos nicht ihren Feiertag nehmen.

Madrid. Tausende von Parolen, Plakaten und Aufklebern in den Fabriken, den U-Bahnstationen und Wohnvierteln rufen auf zur Massendemonstration. Am Tag vor dem 14. wird diese von der Republikanischen Konvention getragene und von der KPSp/ML, der FRAP, der revolutionären Gewerkschaft A.O.A. unterstützte Demonstration vom Innenminister verboten. Die Polizei überfällt das Büro der Konvention. Hundertschaften der „Grauen", einer besonders verhaßten Polizeieinheit — vom Volk Gristapo genannt —, besetzen die Wohnviertel der Arbeiter. Mit der Pistole in der Hand werden die U-Bahnen kontrolliert. Am 14. selbst verbietet das Regime jede Form der politischen Aktion. Stündlich werden über das Radio Angstparolen ausgestrahlt, um die Werktätigen einzuschüchtern. Aber am Morgen dieses Tages werden in den Fabriken der Stadt von Arbeitern, die sich unter republikanischen Fahnen versammelt haben, Protestresolutionen verabschiedet. An der Universität werden Massenversammlungen durchgeführt. Und am Abend sind es 20 bis 30.000, die sich zur Demonstration versammeln.

Um punkt acht Uhr durchbricht ein Block von 500 Revolutionären unter der Fahne der FRAP den Ring, den die Polizei um die Demonstration gezogen hat. Barrikaden zum Schutz werden gebaut. Molotow-Cocktails fliegen gegen die Polizeieinheiten. Im ganzen Viertel tobt der Kampf. Und alles übertönend die Parolen der Massen: „Morgen wird Spanien eine Republik sein!", „Nieder mit der Monarchie!" Trotz der Gummigeschosse und der Knüppel der Polizei, trotz des Einsatzes eines motorisierten Korps, das kürzlich zur Niederschlagung von Massendemonstrationen gebildet wurde, gelingt es den Truppen des Regimes nicht, die Demonstranten zu zerstreuen. Bis spät in die Nacht wird in mehreren Stadtvierteln gekämpft. In Tirso und Molina wehen auf den Barrikaden die Fahnen der KPSp/ML und der FRAP.



„Es lebe die Republik" — Ein Transparent der A.O.A., der revolutionären Gewerkschaft Spaniens

Barcelona. Auch hier sind es Tausende, die trotz Verbot auf die Straße gehen. Mit stürmischem Beifall werden ihre Reihen von den Bewohnern der Arbeiterviertel begrüßt. In den großen Fabriken SEAT und ROCA wehen republikanische Fahnen.

Valencia. Hier gehen die Polizeieinheiten gemeinsam mit faschistischen Terroristen vor, die mit Pistolen bewaffnet sind. Wie in Madrid und Barcelona, werden auch hier Molotow-Cocktails von den Demonstranten eingesetzt.

Baskenland. Schon am 12. stürmt die Polizei Büros der Konvention und der A.O.A. Razzien, Hausdurchsuchungen; Druckmaschinen werden beschlagnahmt. Angel Campillo und Ramon Sanchez, Mitglieder des Rates der A.O.A. werden verhaftet. Die Antwort des baskischen Volkes: eine breite Mobilisierung für die Verhafteten. In den Betrieben fordern Arbeiter ihre sofortige Freilassung. Am 14. selbst sind Tausende in verschiedenen Städten auf den Straßen.

Aragon. An einer Massenversammlung für die Republik beteiligen sich auch Mitglieder der sozialistischen Parteien. In Zaragoza kommt es zu harten Auseinandersetzungen. Barrikaden werden gebaut. **Vigo.** 2.000 Arbeiter demonstrieren und liefern sich heftige Schlachten mit der Polizei. **Andalusien.** Auch hier sind alle Aktionen verboten. In Cadiz, Malaga und Sevilla werden Genossen der Partei, der Konvention und der A.O.A. verhaftet. In Sevilla wird noch am 15. das Büro der A.O.A. gestürmt. Aber in allen großen Städten gibt es Massendemonstrationen. In Huelva versammeln sich die Arbeiter der Phosphor-Werke und der CIPLAS, um ihre Unterstützung für die Republik zum Ausdruck zu bringen.

Das sind nur einige der Aktionen zum Jahrestag der Republik. Tatsächlich sind in allen Provinzen Spaniens, einschließlich der Kanarischen Inseln, in allen großen Städten die Werktätigen auf die Straße gegangen, um gegen die Monarchie und für die föderative Volksrepublik zu kämpfen. Wie „Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KPSp/ML — der führenden Kraft in diesen Kämpfen —, feststellt, ist der 14. April zu einem Symbol der Einheit des Volkes und der wachsenden Kampfbereitschaft geworden.

1. Mai

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Am 1. Mai demonstrieren die Arbeiter aller Länder ihre Entschlossenheit im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Dabei kam es auch in diesem Jahr wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Staatsmacht. So in Spanien, in Indien, im Iran, in Chile.

Ein glanzvoller Tag des Sieges ist der 1. Mai dagegen in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wo die Arbeiterklasse und das gesamte Volk die Macht in Händen halten. Im folgenden erste Berichte über den 1. Mai in aller Welt.

Sozialistische Volksrepublik Albanien

Der 1. Mai wurde im sozialistischen Albanien mit einer machtvollen Demonstration gefeiert. Genosse Enver Hoxha, andere Partei- und Staatsführer, Delegationen aus dem Ausland und weitere Gäste hatten einen Ehrenplatz auf einer Tribüne. Die Werktätigen zogen an ihnen voller Stolz über die allseitigen Siege, die unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens errungen wurden, vorüber. Das farbenfrohe Bild der Demonstration war bestimmt von roten Fahnen und Transparenten. Auf einigen hieß es: **„Die Partei der Arbeit Albaniens — Schmied aller unserer Siege" — „Das Volk und die Partei sind eine vollkommene Einheit."** Über den Blöcken der Demonstranten ragten Portraits der Klassiker des Marxismus-Leninismus hervor, leuchteten Transparente mit den Losungen: „Ruhm dem Marxismus-Leninismus" — **„Die marxistisch-leninistische Ideologie — die herrschende Ideologie in unserem Land."**

Bei dem 1.-Mai-Umzug stellte die Arbeiterklasse, stellten die Genossenschaftsbauern, die Volksintelligenz und die Jugend die Erfolge dar, die auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus und der Verteidigung des Vaterlandes errungen wurden und drückten ihre Entschlossenheit aus, die Planziele, die der VII. Parteitag der PAA festgelegt hat, vorfristig zu erfüllen. Auf großen Transparenten las man: **„Beim Aufbau des Sozialismus hält die Sozialistische Volksrepublik Albanien an dem Prinzip fest, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen." — „Es lebe die Diktatur des Proletariats."**

Gleichzeitig bekräftigten die Werktätigen ihre volle Unterstützung für die Außenpolitik, deren Linie der VII. Parteitag noch einmal unterstrichen hatte. Es gab viele Parolen, die den Kampf der PAA gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus begrüßten. So die Losungen: **„Nieder mit dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, den größten Feinden der Völker." — „Die NATO, der Warschauer Pakt, der RGW und die EWG sind Instrumente der Expansionspolitik der beiden Supermächte und des Weltkapitalismus, Stoßpfeile gegen die Revolution und den Sozialismus, gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker." — „Man kann sich niemals auf einen Imperialismus stützen, um den anderen zu bekämpfen."**

Auf anderen Transparenten wurde der unerschütterliche, prinzipienfeste Standpunkt der PAA im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus begrüßt, ihre internationalistische Hilfe für die marxistisch-leninistischen Bruderparteien. So hieß es z. B.: **„Die Opportunisten und Renegaten kommen und gehen, aber das Proletariat und seine Ideologie, der Marxismus-Leninismus, bleiben eine unbesiegbare Kraft." — „Die antileninistische Theorie der drei Welten und der Blockfreiheit untergraben die Revolution, bringen den Kampf gegen den Imperialismus zum Erlöschen, spalten die marxistisch-leninistische Bewegung und die Einheit des internationalen Proletariats." — „Flammende Grüße den marxistisch-leninistischen Parteien, die gegen die kapitalistische Ausbeutung und den revisionistischen Verrat kämpfen." — „Es lebe der proletarische Internationalismus." — „Am roten 1. Mai 1978 steht die Sozialistische Volksrepublik Albanien fester denn je in den Reihen der antiimperialistischen und antirevisionistischen Front, und dort wird sie immer stehen." — „Keine Erpressung und Drohung bringen das albanische Volk von seinem marxistisch-leninistischen Weg ab."**

Mit seiner Demonstration am 1. Mai grüßte das albanische Volk die Arbeiter und die Völker der ganzen Welt und bekräftigte erneut, daß die internationale Arbeiterklasse und die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in der Partei der Arbeit Albaniens und in der albanischen Arbeiterklasse immer einen treuen, unerschütterlichen Verbündeten im gemeinsamen Kampf für den endgültigen Sieg des Kommunismus haben werden.

(In einer der nächsten Nummern des „Roten Morgen" werden wir noch einmal ausführlich über den 1. Mai in Albanien berichten — in Form eines Interviews mit dem Leiter der Delegation revolutionärer Gewerkschafter aus Deutschland, die an den Maifeierlichkeiten teilnahm.)

Spanien

In allen wichtigen Städten Spaniens wurden am 1. Mai machtvolle Demonstrationen durchgeführt. In Madrid nahmen an den Demonstrationen 500.000 Werktätige teil. In der baskischen Stadt Pamplona marschierten mehr als 35.000 Menschen. Es kam zu stundenlangen Straßenkämpfen, wobei Demonstranten verletzt und viele verhaftet wurden. Auch in Valencia kam es zu Zusammenstößen mit der faschistischen Polizei. Insgesamt fanden fast 200 Demonstrationen statt, bei denen mindestens 100 Menschen verhaftet wurden. Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die FRAP hatten zu diesen Demonstrationen aufgerufen, und ihre Mitglieder standen dabei in den ersten Reihen

Chile

Trotz des faschistischen Terrors, der in Chile herrscht, fanden in mehreren Städten, unter anderem in Santiago, Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai statt. Bei der Demonstration in der Hauptstadt setzte die Pinochet-Clique ein Riesenaufgebot Polizei gegen die Demonstranten ein. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen über 200 Personen verhaftet wurden.

Indien, Pakistan und Iran

In Pakistan wurden zwölf Menschen wegen der Beteiligung an Demonstrationen zum 1. Mai zu Gefängnisstrafen verurteilt, 15 weitere wurden mit Peitschenhieben bestraft. In Indien tötete die faschistische Polizei drei Demonstranten und verwundete Dutzende. Im Iran wurden viele Menschen ins Gefängnis geworfen, weil sie an Aktionen zum 1. Mai teilnahmen. Diese Meldungen zeigen, auf der einen Seite den bestialischen Terror der faschistischen Regime. Sie machen auf der anderen Seite aber auch den Mut und die Kampfentschlossenheit der Werktätigen deutlich, die sich von keiner Macht der Welt daran hindern lassen, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten zu begehen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Ruhr-Epidemie in Ismaning

Gesundheitsamt vertuschte die Seuche

Katastrophenalarm in der Gemeinde Ismaning bei München. In den Mittagsstunden des Sonntags vor dem 1. Mai fährt ein Lautsprecherwagen durch die Straßen: Die Bevölkerung soll zur Medikamentenausgabe in die Turnhalle der Gemeinde kommen! Eine Ruhrepidemie hat sich ausgebreitet! Bis Montag werden 761 Ruhrerkrankungen festgestellt, 30 Erwachsene und 36 Kinder müssen sofort ins Krankenhaus. Über 3.000 Menschen stehen unter Krankheitsverdacht.

Die Gesundheitsbehörden wissen: Wo Menschen dicht zusammen leben, verbreiten sich die Ruhrbakterien blitzartig. Sie werden durch Trinkwasser, Nahrungsmittel, Fliegen, aber auch von Mensch zu Mensch übertragen. Viele ältere Menschen werden sich noch an die Ruhrepidemien in überfüllten Lagern oder auch Kasernen erinnern. Eine üble Seuche, die nur durch peinlichste Sauberkeit und sofortige Abschirmung der Erkrankten an der Ausbreitung gehindert werden kann. Auch wenn es heute Mittel gegen die Ruhr gibt, so kann die Darmerkrankung wegen der mit ihr verbundenen Kreislaufbelastung immer noch lebensgefährlich werden, in erster Linie für Kleinkinder und ältere Menschen.



Die Turnhalle in Ismaning wurde zu einem Medikamentendepot eingerichtet. Die Menschen standen Schlange, um sich behandeln zu lassen.

Das wissen die Gesundheitsbehörden. Aber wie haben sie reagiert? Bereits am Mittwoch hatte der Ismaninger Arzt Milo eine Stuhlprobe wegen des Verdachts auf Ruhr zur Untersuchung an das staatliche Gesundheitsamt geschickt. Keine Reaktion. Am Freitag schickte er die ersten Patienten in eine Münchner Klinik. Seine Diagnose: Ruhr! Nichts geschah. Als am Samstag morgen die Praxis des Arztes mit Erkrankten überfüllt war, schlug der Mediziner beim Giftnotruf des Münchner Krankenhauses Rechts der Isar Alarm. Erst einen Tag darauf wurde von den Gesundheitsbehörden die Seuchenverhütungsaktion eingeleitet. Als bereits 600 Menschen an Ruhr erkrankt waren! Und am Dienstag hieß es dann: Die Epidemie ist vorbei, obwohl sich noch immer neue Kranke melden!

Daß die staatlichen Gesundheitsbehörden hier bewußt, wie in vielen anderen Fällen auch, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt haben, bekannte der leitende Medizinaldirektor Max Dreher mit einer unglaublichen Unverfrorenheit: „Wir wußten von den Vorgängen in Ismaning. Deshalb wurde sofort die Untersuchung von erkrankten Schulkindern angeordnet und am Freitag durchgeführt.“ Am Freitag! Am gleichen Tag machte das Gesundheitsamt bereits Wasser- und Speiseeisproben. Aber keine Information an die Bevölkerung! Keine Verhütung und Medikamentenausgabe! Nicht einmal die Ärzte des Ortes wurden von dem Ausbruch der Seuche informiert, so daß die Gefahr bestand, daß sie weiter auf die harmlosere Darmgrippe behandelten.

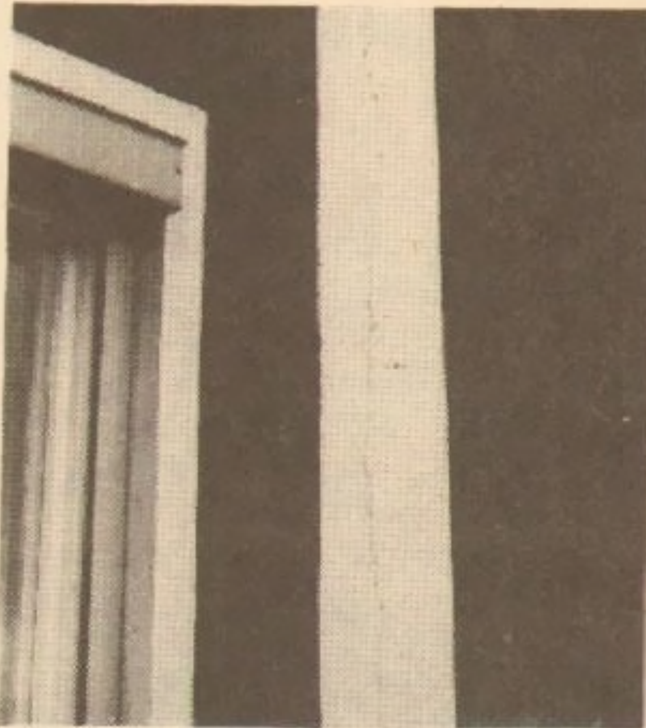
Diese unverschämte Verschleppung der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, diese Geheimhaltungstaktik, die sicherlich erst notgedrungen nach der Information des Giftnotrufes aufgegeben wurde, zeigt deutlich, daß die Gesundheitsbehörden dieses Kapitalistenstaates sich um die Gesundheit der Bevölkerung einen Dreck scheren. Vertuschen statt heilen, das war immer schon die Devise der staatlichen Gesundheitsämter. Wie wenig sie tatsächlich auf den Kampf gegen derartige Epidemien eingerichtet sind, zeigt bereits die Tatsache, daß die Vorräte an Medikamenten zur Versorgung der Ruhrerkrankten nicht einmal für diese kleine 8.000-Mann-Gemeinde ausreichten und ein Hubschrauber Nachschub von der Herstellerfirma holen mußte. Die Genossen der KPD/ML haben gegen diese skandalöse Gesundheitsversorgung ein Flugblatt in Ismaning verteilt. Es ist kaum vorzustellen, was passiert wäre, wenn nicht nur in Ismaning, sondern beispielsweise auch im nahen München die Männer und Frauen aus ihrem sonntäglichen Mittagsschlaf durch die Lautsprecherwagen herausgerissen worden wären...

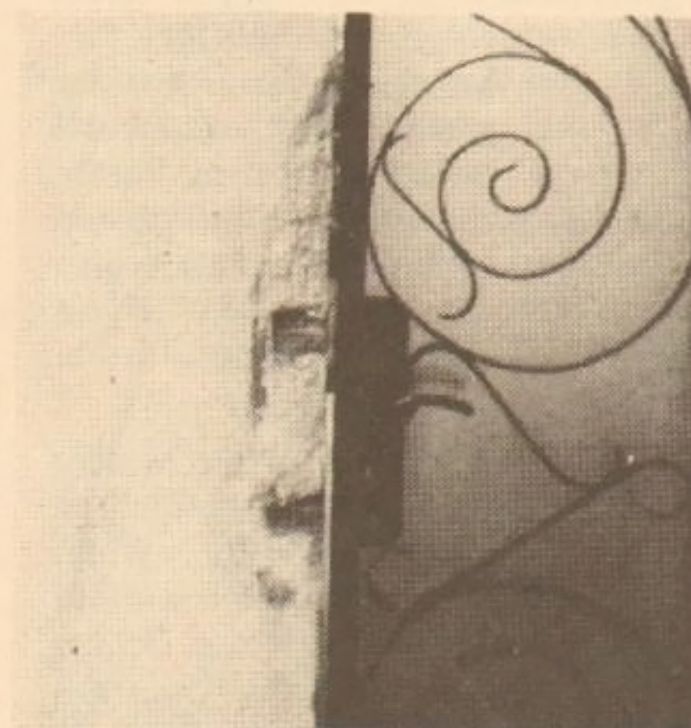
Manöverterror der Luftwaffe

Es war wie im Krieg!

Bis spät in die Nacht waren die Bewohner von Rain am Lech damit beschäftigt, mit Besen und Schaufel Glassplitter und zerschlagene Dachziegel zu beseitigen. Der durch den Manöverterror angerichtete Schaden wird auf weit über eine Million Mark geschätzt. Das bayrische Wirtschaftsministerium hat bekanntgegeben, man wolle „den Geschädigten schnell und unbürokratisch helfen“. Aber wie sieht diese angebliche Hilfe aus?

Ein Augsburger Genosse, der Rain am Lech besucht hat, berichtet, daß die „Hilfe“ darin bestand, den Geschädigten Formulare in die Hand zu drücken. Sie sind so kompliziert, daß manche sie wohl gar nicht ausfüllen können. Man braucht einen Rechtsanwalt, um sich durchzufinden. Und dann wird es Jahre dauern, bis die Behörden zahlen! Ein Bewohner erzählte, daß in der Nähe von Rain schon einmal ein Düsenjäger in ein Haus gestürzt ist. Mehrere Menschen kamen dabei elend um, auch Kinder. Und die Betroffenen mußten vier bis fünf Jahre auf eine Entschädigung warten.







Risse in den Wänden, Haustüren schließen nicht mehr, Dächer wurden abgedeckt.

Als „Erste Hilfe“ durch die staatlichen Behörden erhielten die Einwohner von Rain Notfenster. Das sind Fenster, die festgenagelt werden.

> **• Januar. Eine US-Rakete schlägt neben dem 12jährigen Arnt Engel aus Gonsenheim bei Mainz ein.**
> **• März. In Unterstrogn bei Erding (Nähe München) stürzt ein Starfighter ab. Ein Haus wird zerstört.**
> **• April. Beim Landeanflug in Lechfeld stürzt der 197. Starfighter ab. Der Pilot ist tot.**
> **In der Nähe von Kerpen stürzt der 198. Starfighter ab. Der Pilot ist tot.**
> **Bei Putlos in Schleswig-Holstein fällt eine Bundeswehr-Bombe auf einen Bauernhof.**

Man kann sie nicht mehr aufmachen. Und zwar geschah das bereits am nächsten Tag! Da waren auch schon die Dächer wieder gedeckt. Der Zweck dieser Aktion ist nur allzu durchsichtig: Man will die gröbsten Spuren des Manöverterrors vertuschen, man will erschreckende Bilder von den Verwüstungen verhindern.

Doch damit ist die Empörung der Werktätigen von Rain keineswegs besänftigt. Eine besonders große Wut haben sie auf den Wirtschaftsminister Jaumann. Der hatte zynisch erklärt: „Man soll doch froh sein, daß keine gesundheitlichen Schäden entstanden sind.“ Als ob damit der menschenverachtende Terror der Bundeswehr gegen die Bevölkerung zu entschuldigen wäre!

Rain am Lech liegt in der Nähe mehrerer Bundeswehrstandorte. Außer dem Flugplatz Manching liegt auch der Fliegerhorst Neuburg in der Nähe der 5.000-Einwohner-Stadt. Seit über zehn Jahren liegt der jetzt verwüstete Ort im Tieffluggebiet der Jagdgeschader. Seit über zehn Jahren also Lärmbelästigung. Seit über zehn Jahren die Sorge, daß Flugzeuge abstürzen, wie kürzlich erst in Erding bei München. Oder Bundeswehrbomben herunterfallen, wie in diesem April in Putlos/Schleswig-Holstein. Die Menschen in der Nähe dieser Luftwaffenstandorte leben in einer ständigen Lebensgefahr.

Die Herren in den Stäben der Bundeswehr haben allerdings nur eins im Sinn, diese Vorfälle herunterzuspielen und die Spuren zu verwischen. So auch in dieser schwäbischen Kleinstadt. Es dauerte Tage, bis die Bundeswehr zugab, daß der Terror aus der Luft von Piloten des Jagdgeschwaders 74 aus Neuburg verursacht worden war. Und dann hieß es auch gleich, die Piloten seien während des zur Zeit stattfindenden NATO-Manövers „unbeabsichtigt und unbemerkt“ dem Wohnort zu nahe gekommen. Die Bewohner von Rain sind empört: „Unbeabsichtigt? Das gibt es doch gar nicht. Wer saust denn unbeabsichtigt über eine Stadt. Schließlich ist Rain kein Landflecken mit einem einsamen Bauernhof.“

Die größte Dreistigkeit erlaubte sich allerdings ein Luftwaffengeneral, der die verwüstete Kleinstadt aufsuchte. Er gab die Parole aus: Die Flugzeuge sind in ein Luftloch hineingefallen und gerade noch über die Häuser hinweggekommen! Voller Wut sagten einige Einwohner zu unserem Genossen: „Am Schluß kriegen die noch einen Orden, weil sie nicht auf die Häuser heruntergefallen sind!“ Diese Ausflüchte, diese Vertuschungsmanöver der Offiziere und der staatlichen Bürokratie werden immer mehr Menschen die Augen öffnen: Das Leben der Werktätigen ist den Herren im Kriegsministerium einen Dreck wert!

US-Truppen

GI's gegen die Neutronenbombe

„Wir, die Unterzeichner, amerikanische Soldaten und Zivilpersonal, das in der Bundesrepublik Deutschland stationiert ist, sind gegen die Entwicklung der Neutronenbombe. Eine Waffe, die Menschen tötet und das Eigentum schützt, mag gut sein für diejenigen, die Eigentum haben, sie ist aber keinesfalls gut für diejenigen, die nur das Leben zu verlieren haben. Wir sind gegen eine Waffe, die den Krieg wahrscheinlicher macht.“

Eine Unterschriftensammlung mit diesem Text wird zur Zeit unter den Armeeangehörigen der amerikanischen Truppen im Raum Heidelberg herumgereicht. Trotz der schweren Hetze der Vorgesetzten ist sie bereits von 150 Truppenangehörigen und ihren Familienmitgliedern unterschrieben worden.

Diese Unterschriftensammlung zeigt, daß auch unter den amerikanischen Besatzungssoldaten die Einsicht wächst: Die Neutronenbombe dient den Interessen der amerikanischen Imperialisten, sie soll ihre Herrschaft, ihre Investitionen und Industrieanlagen schützen, während sie für die Werktätigen in Deutschland und Europa Tod und Vernichtung bedeutet.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen“, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen“, Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), „Linkskurve“, politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854127, geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr.15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.